Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter-Höhe u. Spalte; 35 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Dienstag, den 5. Mai 1925** | **5. Jahrgang * Nr. 90**

Die Republikaner verzichten auf Republik-Verteidigung

Nur die KPD. ist für den ernstlichen Kampf gegen den Monarchismus

Das republikanische Notprogramm der Kommunisten von der SPD.-Landtagsfraktion abgelehnt

Dafür verhandeln Braun-Severing mit Monarchisten über Verbreiterung des Kabinetts

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 5. Mai.

Die **kommunistische Landtagsfraktion** hat am 29. April der Weimarer Regierungskoalition folgende **sieben Forderungen**, die eigentlich für jeden, der sich Republikaner nennen will, selbstverständlich sind, vorgelegt:

1. **Erlaß einer Vollamnestie, entsprechend dem Urantrag des Abgeordneten Pieck und Genossen und darüber hinaus Erlaß einer allgemeinen, nach den gleichen Gesichtspunkten aufgestellten Vollamnestie im Reiche.**
2. **Für alle Staatsbetriebe, auch wenn sie unter der Rechtsform als Aktiengesellschaften usw. geführt werden, den Achtstundentag, und soweit Bergarbeiter und Arbeiter mit besonders schwerer oder gesundheitsschädlicher Arbeit in Betracht kommen, die Siebenstundenschicht ab 1. Mai 1925, Einwirkung auf die Gemeinden zu gleichem Vorgehen und Einwirkung mit allen Mitteln auf die Reichsbehörden für die allgemeine Durchführung des starren Achtstundentages.**
3. **Aufhebung der Hauszinssteuer ab 1. Mai 1925.**
4. **Aufhebung der Kasernierung und Militarisierung der Schutzpolizei.**
5. **Allgemeines Verbot, die Technische Nothilfe einzusetzen.**
6. **Beschlagnahme der Vermögen aller früheren deutschen Fürsten, Ausweisung der Angehörigen deutscher Herrscherhäuser, die sich in Preußen aufhalten, und Einstellung aller Zahlungen an die Hohenzollern.**
7. **Säuberung der Beamten von allen monarchistischen Elementen.**

Zu diesen Forderungen erklärte am 29. April die kommunistische Landtagsfraktion:

Wir sind unter voller Wahrung unserer grundsätzlichen Stellung zum bürgerlichen Staat und der Aufrechterhaltung aller proletarischen Klassenforderungen bereit, einer Regierung, die sich verpflichtet, die oben aufgeführten Minimalforderungen der Arbeiterschaft zu erzwingen, die Existenz zu ermöglichen und bei der Erfüllung dieser Forderungen zu unterstützen.

Der Parteivorstand der SPD. hat **nicht geantwortet** und der „Vorwärts", das Zentralorgan der SPD., hat **glatt abgelehnt.**

Gestern trat nun der **interfraktionelle Ausschuß der drei Weimarer Parteien** zusammen, der nach der Telegraphen-Union folgendermaßen Stellung nahm:

„Man war sich darüber einig, daß, wenn die Regierung am Freitag ein Vertrauensvotum erhalte, alsbald in Verhandlungen über die Frage, wie man das Kabinett auf eine breitere Grundlage stellen könne, eingetreten sei."

Diese breitere Grundlage ist natürlich **die Verbreiterung nach rechts, zu den Monarchisten hin.**

Wie die „Vossische Zeitung" meldet, haben Braun und Severing ihren Koalitionsparteien hoch und heilig geschworen, mit den Kommunisten weder über Stimmenthaltung noch über irgendwelche andere Regierungsfragen Abmachungen getroffen zu haben.

Das bedeute ebenfalls glatte Ablehnung der Minimalforderungen. Die Kommunisten werden nun im Zeichen des Kampfes um die sieben Forderungen die Auflösung dieses Landtages erzwingen.

*

Im Preußischen Landtag kann Braun mit seiner innerlich bankrotten Weimarer Koalition nicht leben und nicht sterben, denn ihm fehlen drei Stimmen zur „demokratischen Mehrheit".

Bisher haben die Sozialdemokraten während der fast vier Monate dauernden Preußenkrise immer wieder gebrüllt, die Kommunisten seien die Steigbügelhalter der Reaktion, sie befänden sich einzig und allein im Schlepptau der Deutschnationalen. Die Kommunisten haben nun das oben formulierte Angebot gemacht, ein Angebot, das nicht einmal kommunistische Forderungen enthält, sondern **Forderungen, die von Rechts wegen für jeden Sozialdemokraten ganz selbstverständlich sind.**

Wir haben schon immer behauptet, daß **die Sozialdemokraten nicht einmal für ihre eigenen Forderungen jemals ernstlich gekämpft haben oder jemals ernstlich kämpfen werden.** Die Probe aufs Exempel ist jetzt gemacht. Die Antwort auf das kommunistische Angebot ist **neue Anbiederung Brauns und Severings an jene Deutsche Volkspartei, die restlos in der Hindenburg-Front steht.** So sieht der vielgepriesene Kampf der Republikaner gegen den Monarchismus aus. Jetzt können **die Sozialdemokraten nicht mehr schwindeln von der Unterstützung** der Deutschnationalen durch die Kommunisten. Jetzt können sie sich nicht mehr aufspielen als die Retter der Republik vor den Monarchisten. Jetzt liegt es klar auf der Hand, daß sie, vor die Frage gestellt, eine **rote Kampffront der Werktätigen zu bilden**, oder den zerbrechenden Volksblock der Weimarer Parteien durch Aufnahme von Monarchisten irgendwie zusammenleimen, sich **glatt gegen das Proletariat entscheiden.**

Jeder sozialdemokratische Arbeiter kann es doch mit den Händen greifen, daß, wenn die sozialdemokratischen Führer in der Tat **ihre** Republik sichern wollen, sie dann nichts besseres tun können, als die Annahme der Notprogrammforderungen der Kommunisten von ihren Volksgenossen im Parlament zu fordern. **Sie hätten ja mit den kommunistischen Stimmen zusammen die Mehrheit gegen die Hindenburg-Parteien.**

Aber hier ist wieder eine Probe aufs Exempel. Was wir immer gesagt haben, daß es eine Lächerlichkeit ist, mit Zentrumsleuten, die schon im Reich in einer monarchistischen Regierung sitzen, und mit bürgerlichen Demokraten die Republik schützen zu wollen, bestätigt sich hier voll und ganz. Natürlich würden diese Zentrumspfaffen und diese demokratischen Bankiers, selbst wenn die Sozialdemokraten ernstlich die Erfüllung auch nur dieser Minimalforderungen von ihnen verlangen sollten, nicht im entferntesten daran denken, darauf einzugehen. **Denn sie sind im Grunde genommen in dem Moment, wo es gegen das Proletariat geht, nicht besser und nicht schlechter als die offenen Monarchisten.**

So sind die Vorgänge im Preußenparlament **ernste Lehren für alle Arbeiter.** Sie zeigen, daß es für das Proletariat nur den einzigen Ausweg gibt, **die rote Klassenfront zu bilden**, und jetzt **außenparlamentarisch den Kampf um das republikanische Notprogramm aufzunehmen**, für das die sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen und erst recht nicht die bürgerlichen Demokraten und Zentrumsleute jemals zu haben sein werden.

In allen Betrieben und allen Gewerkschaftsversammlungen muß dieses republikanische Notprogramm diskutiert werden. Diesmal darf es den sozialdemokratischen Führern nicht mehr gelingen, die Bildung der roten Klassenfront zu sabotieren durch die Lüge von der Unterstützung der Deutschnationalen durch die Kommunisten.

Wenn es zur **Auflösung des Landtages kommen** wird, dann wird es die Aufgabe des deutschen Proletariats sein, den Wahlkampf zu führen im Zeichen dieses republikanischen Notprogramms, das heißt, im **Zeichen der Mobilisierung aller proletarischen Kräfte mit Einschluß vor allem der sozialdemokratischen Arbeiter um die primitivsten Forderungen des gesamten Proletariats.**

Berliner Betriebsräte für den 24-stündigen Generalstreik

Am Einzugstage Hindenburgs

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 5. Mai.**

Die Groß-Berliner Betriebsräte nahmen nach dem Referat von Ruth Fischer gegen nur eine Stimme eine Resolution an, den Einzug Hindenburgs durch den 24stündigen Generalstreik zu beantworten. Die Betriebsräte stellten noch einmal die ungeheuere Schuld der SPD. fest, die durch ihre Politik die Monarchisten wieder in den Sattel gehoben haben. Die Resolution besagt: nur die zwei Millionen Stimmen für Thälmann sind Stimmen gegen Hindenburg.

Generalstreikbeschluß der Gelsenkirchener Metallarbeiter gegen Hindenburg

(Eig. Drahtm.) **Gelsenkirchen, 5. Mai.**

Auf der gutbesuchten Versammlung der Ortsverwaltungsstelle Gelsenkirchen des DMV. wurde nach eingehender Debatte gegen die Stimmen der SPD. eine Resolution angenommen, und zwar mit Vierfünftel-Majorität, die sich mit den Forderungen des Offenen Briefes der KPD. einverstanden erklärte und vom ADGB. die Proklamierung des 24stündigen Generalstreiks am Einzugstage Hindenburgs in Berlin fordert.

„Wer schimpft, hat Unrecht"

Antwort an das „Volksblatt"

Halle, 5. Mai.

In dem Offenen Brief der KPD. an die Vorstände des ADGB. und der SPD. heißt eine Stelle:

„Wir sind überzeugt, daß Ihr auf diesen unseren ernsten Vorschlag, der in ernster Stunde gemacht wird, antworten werdet, wie bisher, in einer höhnischen Verlegenheitsphrase und mit dummem hysterischen Geschimpfe auf die kommunistischen Arbeiter und die Kommunistische Partei."

Genau das, was der Offene Brief vorausgesagt hat, ist **eingetreten.** Wenn unser Papier nicht zu schade wäre, würden wir vollinhaltlich, ohne jeden Kommentar, die Schimpfepistel des „Volksblatt" im „Klassenkampf" abdrucken. Das würde schon zur Genüge beweisen, daß wir rechthaben, wenn wir immer wieder betonen, den Patent-Republikanern ist's nicht einmal ernst zu tun um ihr eigenes republikanisches Programm.

In dem Bewußtsein, daß, wer schimpft, unrecht hat, registrieren wir jedoch nur kurz, daß das „Volksblatt" spaltenlang nichtssagenden Tiraden anstimmt vom **„oberfaulen Ablehnungsmanöver"**, von einer **„elenden Affenkomödie"**, von einem **„Schurkenstreich"**, vom **„hallischen Rubelfähnchen"** usw. Da unsere Lage nicht so heikel ist, wie die des „Volksblatt", das nicht mehr weiß, wie es die Rebellion der SPD.-Arbeiter besänftigen soll, so können wir es uns leisten, **jedes Schimpfwort überhaupt beiseite zu lassen und vollkommen sachlich auf die Stellungnahme des „Volksblatt" einzugehen.**

Wir stellen da fest: **Bis heute hat das „Volksblatt" es noch immer nicht gewagt, die acht Forderungen des Offenen Briefes abzudrucken.** In seiner Montag-Ausgabe beklagt es sich zwar darüber, daß wir ihm deshalb Feigheit vorgeworfen haben, aber es bleibt bei der Feigheit, indem es auch in der Montag-Ausgabe nicht alle Forderungen nennt. Eine konkrete Stellungnahme finden wir in folgenden Sätzen des „Volksblatt":

„Den Gipfel des Unfugs bildet die Forderung nach einem 24-stündigen Generalstreik am Tage des Einzuges des Reichspräsidenten in Berlin."

Wir konstatieren das hübsche und nette **restlose Eingeständnis** des sozialdemokratischen Organs, daß es zur Verteidigung einen wirklichen Kampf gegen Hindenburg als Unfug bezeichnet, also **diesen Monarchisten direkt schützt und verteidigt.**

Das „Volksblatt" prägt dann folgenden Satz:

„Die Hindenburg-Kommunisten haben wiederholt erklärt, daß sie den Sieg des kaiserlichen Feldmarschalls wünschen, weil als Folge der dann einsetzenden brutalen Bedrückung der Arbeiterklasse die Einheit unter dem roten Banner gefördert würde."

Wir fordern die „Volksblatt"-Redakteure hiermit in aller Form auf, aus dem „Klassenkampf" den Satz, der diesen Unsinn sagt, zu zitieren. So dumm die ganze Sache ist, wir können es uns auch hier leisten, absolut sachlich zu erklären: Erbringt das „Volksblatt" den Beweis für seine Behauptung nicht, dann werden wir die Redakteure im „Volksblatt" vor der Arbeiteröffentlichkeit als **bewußte Lügner** bezeichnen.

Daß das „Volksblatt" ausgerechnet die Maidemonstration auf dem Hallmarkt als „frechen Zersplitterungsversuch" der bankrotten Kommunistischen Partei" vermittels eines „jugendlichen Turkestaners" bezeichnet, kann uns nur recht sein, denn die Tausende von Arbeitern, die an dieser Demonstration teilgenommen haben, wissen doch ganz genau, daß die Kommunistische Partei „so bankrott" ist, **daß sie ⅔ des ganzen Demonstrationszuges ausgemacht hat.** Jeder Arbeiter hat gesehen, daß die Sozialdemokratie nicht gewagt hat, offen ihre Weimarer Koalition und ihre Reichsbannerpolitik zu vertreten durch schwarzrotgoldene Fahnen, sondern daß es **nur rote Fahnen** gegeben hat, die bis jetzt noch immer die **von den Kommunisten** vertretene Klassenfront darstellen. Die ganze Sache ist also sehr, sehr unintelligent und wir freuen uns jedesmal, wenn das „Volksblatt" an sich selbst das Sprichwort erfüllt: **„Jeder blamiert sich, so gut er kann."**

Nur auf eine Forderung des Offenen Briefes wagt das „Volksblatt" einzugehen. Und das ist die Forderung der Auflösung der monarchistischen Reichswehr und der monarchistischen Verbände. Dabei fragt es ganz entrüstet: **„Was einem Ebert und einem Severing nicht gelang, soll jetzt unter Hindenburg möglich sein?"** Darauf antworten wir wieder ganz ernst und sachlich. Es gibt kein „heißes Bemühen" der Ebert und Severing, um eine monarchistische Reichswehr zu verhindern. Glaubt man denn wirklich im „Volksblatt", daß die Arbeiter ein solch kurzes Gedächtnis haben? Glaubt man denn wirklich, die Arbeiter hätten schon vergessen, daß **der Vater der monarchistischen Reichswehr der Sozialdemokrat**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250505-14/fragment/page=0001

Noske gewesen ist und, daß Ebert und Severing nur das Werk Noskes vollendet haben? Severing soll sich „bemüht" haben, die bewaffneten Kräfte der Konterrevolution zu beseitigen. Glaubt das „Volksblatt", daß die Arbeiter den 11. Mai 1924 in Halle vergessen haben, wo es für jeden Arbeiter vollkommen klar war, daß Severing die Faszisten- und Monarchistenparade gestattet hatte, und gleichzeitig seine Schupo aufmarschieren ließ, damit diese die Arbeiter niederknallte, die gegen den Faszistenaufmarsch anzukämpfen versuchten? Aber immerhin enthält die Bemerkung „was einem Ebert und einem Severing trotz heißem Bemühen nicht gelang", doch das Eingeständnis des „Volksblatt", daß also Eberts und Severings Politik bankrott gegangen ist. Diese Bemerkung enthält das Eingeständnis, daß diese Republik also nicht einmal ihr republikanisches Programm der Bildung einer republikanischen Volkswehr durchgesetzt hat. Wenn wir bisher diese Tatsache feststellten, nannte man das „Beschimpfung der Republik". Jetzt gibt das „Volksblatt" selbst zu, daß wenn wir heute eine monarchistische Reichswehr haben, deren Schuld [illegible] die sozialdemokratischen Führer in den Regierungsfunktionen dieser Republik.

Wir können dem „Volksblatt" schon heute sagen: je hysterischer es wird, desto ruhiger und sachlicher werden wir den sozialdemokratischen Arbeitern unsere Politik und die Politik der Sozialdemokratischen Partei zu erklären versuchen. Wir wissen ganz genau, daß die Nervosität des „Volksblatt", das plötzlich seine Spalten füllt mit ellenlangen Ausführungen, die allesamt die sozialdemokratischen Arbeiter vor der „elenden Affenkomödie der Kommunisten" warnen sollen, nur ein Beweis dafür ist, daß unsere ernste Arbeit um das Zustandebringen der roten Klassenfront bei den sozialdemokratischen Arbeitern wirkt und als richtig empfunden wird.

Wir appellieren an jeden ehrlichen Arbeiter, sich auf keinen Fall durch hysterisches Geheul der „Volksblatt"-Redaktion die Sache selbst verdrießen zu lassen.

Es geht jetzt um nicht mehr und nicht weniger als darum: Soll in Zukunft ein großer Teil des deutschen Proletariats mit falscher Frontrichtung ruhige Koalitionspolitik machen oder soll endlich die rote Klassenfront aufgerichtet werden?

Die Frage steht direkt zwischen schwarzrotgold und rot. Das muß jeder Arbeiter sehen. Wir werden jedenfalls nicht müde werden, immer wieder und immer wieder alle unsere Klassengenossen davon zu überzeugen, daß die von der Kommunistischen Partei geführte rote Front allein in Frage kommt nicht bloß bei der Erkämpfung des proletarischen Endziels, sondern erst recht und vor allem im Kampf gegen die Monarchie.

Wels schmeißt raus

Ausschlußanträge gegen „linke" Sozialdemokraten in Zwickau

Am Tag nach der Wahl Hindenburgs tündigte der „Vorwärts" einmal die „Abrechnung mit den Kommunisten" und zum anderen Reinigung der sächsischen SPD. an, weil eine ganze Anzahl ehrlicher sozialdemokratischer Arbeiter statt für den Pfaffen Marx zu stimmen, für den Genossen Thälmann eingetreten sind.

Mit der „Abrechnung" mit den Kommunisten scheint es bisher nicht so recht vorwärts zu gehen, dafür werden Stampfer, Wels und Crispien wild gegen die sächsischen Sozialdemokraten. Es ist gegen die „linken" in Zwickau, gegen Seydewitz, Bittor und Gaupe ein Ausschlußverfahren eingeleitet worden, weil diese drei verhindert hätten, daß im Zwickauer Bezirk öffentliche Wahlversammlungen für Marx abgehalten wurden. Dieses Ausschlußverfahren des Parteivorstandes ist zwar formell gegen die „linken" Führer gerichtet, soll aber praktisch die sozialdemokratischen Arbeiter treffen, die gegen die schwarzrotgoldene Politik des Parteivorstandes sind. Ob ein paar Versammlungen mehr oder weniger für Marx abgehalten wurden, ist nicht das Entscheidende: Die Opposition der Arbeiter wollen die Crispien und Wels treffen. Es wird sich sehr bald zeigen, daß die „linken" Führer kapitulieren werden vor dem Willen des Vorstandes. Vor den ehrlichen oppositionellen SPD.-Arbeitern steht dafür jetzt die Frage, ob sie mit kapitulieren oder mit den Kommunisten gegen die schwarzrotgelbe Politik und gegen die schwarzweißrote Gefahr kämpfen werden.

Beginn der Steuer-Debatte im Reichstag

Berlin, 4. Mai.

Die Debatte im Reichstag über sämtliche Steuervorlagen der Reichsregierung begann heute mit der Rede des Sozialdemokraten Herz, der seine Rede nach der SPD.-Parole „gerechte Verteilung der Lasten" hielt. Dabei wies er auf die ideale Finanzpolitik der englischen konservativen Regierung hin, deren Steuersystem auch von einer reinen Arbeiter-Regierung aufgestellt sein könne. Herz stimmte dann ein Klagelied über das unsoziale Steuersystem in Deutschland an. Die Massen müßten durch die Lohn- und Verbrauchssteuern alle Lasten tragen. Er vergißt aber hinzufügen, daß die Sozialdemokraten den zehnprozentigen Lohnabzug und die Verbrauchssteuer schaffen halfen und daß die Regierung der Schwerindustrie den vorbezeichneten Weg nur fortschreitet. Der SPD.-Redner fordert dann einige Reformchen: die Herabsetzung des steuerfreien Einkommens von 60 auf 100 Mk., Herabsetzung der Umsatzsteuer um ½ Prozent. Außerdem dürften keine Steuern auf Vorrat gemacht werden, die der Finanzminister mit der Notwendigkeit der Bezahlung der Reparationslasten ab 1926 begründet hätte.

Neuer Kommunistenprozeß vor dem Staatsgerichtshof

(T.-U.) Leipzig, 4. Mai.

Vor dem Staatsgerichtshof begann heute ein großer Hochverratsprozeß gegen hannoversche Kommunisten. Es sind angeklagt: Ernst Jehlert, Schlosser Erich Schmidt, Sattler Otto Mayer, Sattler Friedrich Prochl, Schlosser Heinrich Ergmeier, Dreher Friedrich Klausing und Zimmermann Redmann. Die Anklage lautet auf Hochverrat, Beihilfe zum Hochverrat, Verbrechens gegen die Paragraphen 7, 8 und 9 des Republikschutzgesetzes sowie Amtsanmaßung.

Neues Terrorurteil gegen Kommunisten

Der Süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik verurteilte den Genossen Schelbner zu 3 Jahren Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe, den Genossen Grimm zu 2 Jahren, 3 Monaten Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe, den Genossen Lindau zu 1 Jahr und 9 Monaten Gefängnis und 200 Mk. Geldstrafe.

Bauer, der Devisenschieber

Bauer mußte bekanntlich aus der Sozialdemokratischen Partei gegangen werden, weil seine metallischen und valutarischen Beziehungen zu Barmat zu ruchbar wurden.

Wie gut Bauer, der „Kämpfer" gegen Inflation und Volksbetrug, aber die Inflation auszunutzen wußte, erhellt nicht nur der Brief der Merkurbank, der der äußere Anlaß seines Sturzes war, sondern auch verschiedene Briefe, die Barmat an Bauer und Bauer an Barmat schrieb, und die jetzt von der „Deutschen Zeitung" veröffentlicht werden. Danach schickte Barmat dem Bauer am 10. September 1923 3000 Gulden, womit sich der Bauer nicht einverstanden erklärte. Gleichzeitig beschwerte sich der Oberschieber Barmat beim Unterschieber Bauer, daß ein Sechsmilliarden-Kredit ihm flöten gegangen wäre. Und unser „Kämpfer" gegen Inflation und Volksbetrug, Bauer, rechnet seinem Herrn und Meister aus, daß er an dem Kredit doch ganz schön verdient hätte. Er, Barmat, bekam ihn nämlich, als die 6 Milliarden noch 38 000 Dollar wert waren und konnte ihn zurückzahlen nach drei Monaten, wo er nur noch 190 Dollar brauchte. Und der Bauer erinnert seinen Meister daran, daß ihm von diesem Geschäft 1¼ Prozent Provision zustände. Weil aber der Barmat das Geschäft für sich allein machen wollte, schrieb der ehrenwerte Reichskanzler a. D. einen Brief ins Hotel „Bristol" (Berlin) und bat um eine „vertrauliche Besprechung", damit er, Gustav, mit ihm, Julius, ausknobeln könnte, wie weit sich beide an diesem Geschäft gesundstoßen könnten.

Es sind wirklich ehrenwerte Leute, die Herrschaften vom Schieber- und Gauner-Konzern Barmat, und ebenso ehrenwert sind jene Sozialdemokraten, die heute noch für den „armen" unschuldigen „zusammengebrochenen" Barmat eintreten.

Wels, der Hehler, ist entlarvt

(TU.) Berlin, 5. Mai.

Die „Deutsche Zeitung" veröffentlicht einen Brief des Abgeordneten Wels an Heilmann und einen Barmats an Wels im Oktober 1923, aus denen hervorgeht, daß der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei nicht erst im Februar 1924 erfahren hat, daß der frühere Reichskanzler Bauer im Anfang des Jahres 1922 600 Demaaktien und 10 Millionen Mk. von Barmat erhalten habe.

Durch diesen Brief kommt die Barmat-Angelegenheit wieder ins Rollen. Es geht dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Wels, an den Kragen. Er befindet sich nunmehr in derselben Lage, in welcher damals Gustav Bauer war, die ihm den Kopf kostete. Wir haben immer dargelegt, daß Heilmann, Wels und Konsorten zuminbdesten die gleiche, wenn nicht schwerere Verschuldungen als der frühere Reichskanzler Bauer auf sich geladen haben. Der Sozialdemokratie schwoll bereits der Kamm, daß der Barmat-Skandal abgewürgt war. Aber der Hydra wächst immer wieder ein Kopf nach. Das Kapitel Barmat ist noch nicht zu Ende.

Die Schuld Polens an der Eisenbahnkatastrophe

Die Verwahrlosung der polnischen Eisenbahn

TU. Danzig, 3. Mai.

Die Eile, mit der von polnischer Seite sofort nach dem Unglück, als noch gar keine Untersuchung eingeleitet war, die Ursache der Katastrophe in einem Attentat gesucht wurde, war äußerst auffallend. Natürlich kann man mit der Möglichkeit eines Attentats rechnen, doch sollte man vorsichtiger sein, zumal gerade in letzter Zeit sich in Polen Eisenbahnunfälle ereignet haben, die auch zunächst auf Attentate zurückgeführt wurden, obwohl gleich darauf die Ursache sich in ganz anderer Richtung herausstellte, nämlich in dem sehr schlechten Zustand des Schienenstrangs.

So schrieb die in Bromberg erscheinende „Deutsche Rundschau" am 30. April, also am Tage vor der Katastrophe:

„Die beiden Eisenbahnunglücksfälle, die sich in letzter Zeit bei Rogow ereignet haben und die das Eisenbahnministerium auf verbrecherische Anschläge zurückgeführt hat, haben in Wirklichkeit mit Attentaten nichts zu tun. Die Schrauben der Eisenbahnschienen sind nicht durch verbrecherische Hände gelockert worden, wie dies das Eisenbahnministerium mitgeteilt hatte, vielmehr sind dort die Eisenbahnschwellen verfault gewesen, was eine aus Warschau nach Rogow entsandte Kommission einwandfrei festgestellt hat. Nachdem das erste Eisenbahnunglück bei Rogow sich ereignet hatte, wurde die Strecke nicht weiter untersucht, sonst hätte man die verfaulten Eisenbahnschwellen auf der anderen Seite von Rogow, wo das zweite Eisenbahnunglück sich ereignete, wahrnehmen müssen. Trotzdem die wahre Ursache der Eisenbahnunfälle den Behörden bekannt war, hat doch die Eisenbahnbehörde durch die Presse die Nachricht von verbrecherischen Anschlägen verbreiten lassen."

Auch in einem anderen Falle war das polnische Eisenbahnministerium, wie die „Deutsche Rundschau" weiter mitteilt, sehr schnell bereit, ein Eisenbahnattentat anzunehmen, obgleich es sich in diesem Falle darum gehandelt hatte, daß spielende Kinder eine kleine Pyramide aus dünnen Hölzern aufgerichtet hatten, was von dem Eisenbahnministerium als großer Holzstoß bezeichnet worden war. Diese Fälle werfen ein bezeichnendes Licht auf die Eisenbahnkatastrophe bei Stargard. Auch dort sind, wie festgestellt worden ist, die Eisenbahnschwellen bei der Entgleisung auseinandergerissen, was nur bei äußerst schlechtem Zustand des Materials geschehen kann.

*

Wir geben diese Meldung der bürgerlichen Telegraphenunion wieder und stellen sie den widerlichen Darlegungen der „Allgemeinen Zeitung" gegenüber, die nichts Besseres zu tun wußte, als gleich beim Bericht über das Eisenbahnunglück von einem kommunistischen Attentat zu sprechen. Die plumpe Anbiederung an die verlumpte polnische Bourgeoisie von seiten der deutschen Nationalisten, zeigt von Genüge, was das ganze nationalistische Phrasengedresch wert ist. Gesindel!

Der Block National unterlegen

Die Kommunisten gut abgeschnitten

Paris, 5. Mai.

Der Ausgang der Gemeinderatswahlen vom Sonntag ist als ein großer Sieg des Linkskartells zu betrachten, obgleich das endgültige Ergebnis erst nach den auf den nächsten Sonntag anberaumten Stichwahlen feststehen wird. Das Linkskartell hat schon im ersten Wahlgang einen solchen Erfolg, daß man mit einer Bestätigung des Sieges des Linkskartells vom 11. Mai vorigen Jahres rechnen kann. Welche Resultate für die Kommunisten gewonnen wurden, läßt sich deshalb noch nicht genau feststellen, weil eine Reihe von Abgeordneten der KPF. am nächsten Sonntag in die Stichwahl kommen werden. Trotz der Taktik der französischen Partei, die, wie wir gestern ausgeführt haben, unter gewissen Bedingungen das Linkskartell unterstützt hat, so daß sich die kommunistischen Stimmen nicht überall zeigen können, wird der Bestand der kommunistischen Stimmen gehalten sein. In der „Bre nouvelle" heißt es: Ueberall sind die Nationalisten im Rückstand, überall ist das Kartell der Linken im Fortschritt. Die Kommunisten scheinen in gewissen Orten Terrain gewonnen zu haben, in denen sie Gelegenheit hatten, ihre Propaganda zu entwickeln.

„Ueberraschend gut hielten sich die Kommunisten"

In der Montagnummer schreiben die „Leipziger Neueste Nachrichten" über den ersten Eindruck der Wahlen:

Paris, 4. Mai.

Der erste Eindruck von den Gemeindewahlen in Frankreich geht dahin, daß der Linksblock im großen und ganzen nicht schlecht abgeschnitten habe. Aus 4 Departements, aus denen die Nachrichten zur Stunde vorliegen, Aisne, Eure, Tarne und Vogesen, ergibt sich, daß die Linksparteien, wenn sie zusammengehen, große Erfolge aufzuweisen haben. Insbesondere ist dies im Departement Eure auffällig, wo die Wahlen den Radikalen einen entscheidenden Fortschritt brachten. Sonst ist im allgemeinen das Kennzeichen der Wahl, daß

Die Kommunisten ziemliche Fortschritte

machten. In Paris selbst gelang es ihnen, vorläufig nur einen Gemeinderat durchzubringen. Doch kommen sie in mehreren Städten in die Stichwahl und haben gute Aussichten.

In anderen Stadtvierteln bilden sie bei den Stichwahlen den ausschlaggebenden Faktor, so überraschend gut hielten sich die Kommunisten in Paris.

Zur Stunde haben sie bereits 8 Mandate in Sicherheit gebracht von den 15, die sie bisher inne hatten. Auf sie kommen ziemlich aussichtsreiche Stichwahlen. Wo sie bereits gewählt wurden, wie in den Stadtvierteln, wo die blutigen Zwischenfälle anläßlich einer Wählerversammlung stattfanden, errangen sie eine außerordentlich große Mehrheit.

*

Kommunistischer Stimmengewinn in Paris

Paris, 4. Mai.

Um 10 Uhr abends waren etwa 40 Wahlresultate von Paris bekannt, auf Grund deren sich die Zusammenstellung des Munizipalrates kaum geändert hat. Die Sozialisten haben Stimmen an die Kommunisten abgeben müssen, von denen jedoch bis jetzt noch keiner als gewählt angesehen werden kann.

„Die geradezu vernichtende Niederlage der Kommunisten"

Das „Volksblatt" orakelt in seiner Montagnummer:

„Es sind nahezu sämtliche Gemeinderatsmitglieder entweder wiedergewählt worden oder in aussichtsreiche Stichwahl gekommen, wonach die Zusammensetzung des Pariser Stadtrats keine wesentliche Veränderung erfahren hat. Das Charakteristische der Wahl ist die geradezu vernichtende Niederlage der Kommunisten, denen die Liste des Kartells eine große Zahl von Sitzen abzugewinnen vermocht hat. Es hat unter anderen Cachin seinen Sitz an das Linkskartell verloren, und ein anderer Führer der Kommunisten, Vainnant-Couturier, der das letztemal im ersten Wahlkampf glatt gewählt worden war, ist diesmal in eine wenig aussichtsreiche Stichwahl gedrängt worden.

Parlamentsauflösung in Belgien?

(TU.) Brüssel, 4. Mai.

Die Kabinettskrise dauert nahezu einen Monat, und nichts läßt darauf schließen, daß eine Lösung gefunden werden könne. Die Sozialisten sind nicht imstande, ein selbständiges Kabinett zu bilden. Die Rechtsparteien haben sich formell gegen eine Koalition ausgesprochen. Auch die Liberalen wollen dem sozialistischen Kabinett fernbleiben. Die katholischen Verbände nahmen eine Entschließung an, in der sie sich gegen jede Zusammenarbeit mit den Sozialisten aussprechen. Unter diesen Umständen scheint eine Parlamentsauflösung nahe zu sein. Nach den Abendblättern beabsichtigt der König, eine unparlamentarische Person mit der Bildung des Kabinettes zu betrauen.

Amerika und die Wahl Hindenburgs

Die amerikanischen Dollarkönige und ihre Presse sind mit dem Wahlsieg durchaus nicht unzufrieden. Sie freuen sich darüber, daß sie jetzt einen forschen Dawes-Vogt haben, der ihnen noch mehr Dollars aus den Leibern der deutschen Proleten herauszupressen verspricht.

Wenn ein Teil der amerikanischen Presse auch etwas schimpft (bezeichnenderweise haben sämtliche interviewten Industrie- und Finanzkönige kein Wort der Mißbilligung fallen lassen), so ist das nur ein Bluff, der darauf berechnet ist, ihre wirkliche Freude zu verheimlichen und die deutschen Nationalisten einzuschüchtern, um sie mit einem solchen sanften Rippenstoß auf ihre Pflichten Herrn Morgan gegenüber nochmals aufmerksam zu machen. Insbesondere kommt den amerikanischen Imperialisten die Wahl Hindenburgs deshalb gelegen, weil sie ihnen die Möglichkeit gibt, auf Frankreich einen Druck auszuüben.

Gegen das Leipziger Bluturteil

Verhindert die Hinrichtung!

Werktätige in Stadt und Land! Der Weiße Terror wütet in bestialischer Weise in allen kapitalistischen Ländern. Die Bourgeoisie setzt den gesamten Staatsapparat gegen die werktätigen Massen ein, um diese zu hindern, ihren Kampf gegen das ungeheuer wachsende Massenelend mit Erfolg zu führen. In der grausamsten Weise werden die kämpfenden Arbeiter niedergeschlagen. Zu Tausenden werden sie in die Kerker geworfen und den schlimmsten Torturen ausgesetzt. Durch einen barbarischen Strafvollzug rächt sich die Bourgeoisie an den politischen Gefangenen.

In Deutschland fällte der „Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik" am 22. April 1925 gegen 16 Angeklagte

ein Tendenzurteil schlimmster Art

3 Todesurteile, 71 Jahre 4 Monate Zuchthaus, 10 Jahre Gefängnis, 5100 Mark Geldstrafe wurden verhängt. In dem zehnwöchigen Prozeß stützte sich der Anklagevertreter fast nur auf die Aussagen von Polizeiagenten. In dem 13monatlichen Untersuchungsverfahren wurden die Beschuldigten im Gefängnis den schlimmsten Martern unterworfen, um „Geständnisse" zu erpressen. Die Verteidigung der Angeklagten wurde in der skandalösesten Weise beschränkt. Gegen diesen Urteilsspruch gibt es keine gesetzliche Berufungsmöglichkeit. Die Vollstreckung der Todesurteile hängt nur noch von der Gnade des Reichspräsidenten ab.

Das unterzeichnete Komitee richtet die Aufforderung an die werktätigen Massen in allen Betrieben und Organisationen, sofort von dem deutschen Reichstag und der Reichsregierung die

Aufhebung des Leipziger Tendenzurteils und Vollamnestie für alle politischen Gefangenen

zu verlangen. Da es mehr als fraglich ist, ob der neugewählte Reichspräsident die in Leipzig gefällten Todesurteile aufhebt, so besteht die Gefahr ihrer Vollstreckung für die allernächste Zeit. Es ist deshalb die größte Eile geboten, um diesen Justizmord zu verhindern.

Arbeiter, Klassengenossen! Säumt keinen Tag. Tretet sofort in den Betrieben und Organisationen zusammen und faßt Eure Beschlüsse!

Sendet sie sofort dem Reichstage und der Reichsregierung zu. Fordert weiter von diesen Körperschaften die Beseitigung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik, der ein Ausnahmegericht gegen das klassenbewußte kämpfende Proletariat ist. Fordert die Aufhebung des Republikschutzgesetzes, das ein Ausnahmegesetz nur gegen die Arbeiterschaft ist, die um ihre Befreiung aus Not und Elend kämpft.

Verhindert den Justizmord! Größte Eile tut not! Uebt proletarische Klassensolidarität! Schafft „Rote Hilfe"!

Berlin, den 4. Mai 1925.

Zentralkomitee „Rote Hilfe" Deutschlands.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250505-14/fragment/page=0002

Steueranträge der Kommunisten

Nachdem wir in der letzten Ausgabe des „Klassenkampf" in einem kurzen Artikel das Grundsätzliche zu den angekündigten kommunistischen Steueranträgen gesagt haben, veröffentlichen wir heute ihren Wortlaut:

Entschließung der Kommunistischen Reichstagsfraktion zum Reichshaushaltplan für 1924/1925

I.

Angesichts der ungeheuerlichen Verschärfung des Massenelends durch die Doppelbelastung nationaler und internationaler Ausbeutung durch Lohndruck und Steuerraub wird die Durchführung folgender Maßnahmen gefordert:

1. Da mit der Fortdauer der vertragswidrigen Besetzung der Kölner Zone alle Voraussetzungen, die für die Annahme des Londoner Vertrages geltend gemacht wurden, hinfällig geworden sind, werden im Haushaltplan alle Ausgaben für die Durchführung des Sachverständigengutachtens gestrichen.
2. Gestrichen werden weiter alle Aufwendungen für Polizei, Reichswehr, Strafjustiz, Technische Nothilfe, Spitzeltätigkeit und Kirche.
3. Alle Zuschüsse und Kredite für die Großindustrie und die Großagrarier werden aufgehoben. Die 715 Millionenentschädigung an die Ruhrindustriellen und die 865 Millionen-Reichsbankkredite an das Großagrariertum sind einzuziehen und für soziale Zwecke zu verwenden. Alle Zahlungen an die ehemaligen Fürstenhäuser sind sofort einzustellen und alle dynastischen Vermögen restlos einzuziehen.
4. Alle Steuern und Zölle, die die breiten Massen belasten, sind mit sofortiger Wirkung außer Hebung zu setzen.

II.

Der Reichstag beschließt ferner, dem kommunistischen

Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes

die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen. Dieser Gesetzentwurf umfaßt:

1. **Die Enteignung der Produktionsmittel.**
2. **Die Arbeiterkontrolle in den sozialisierten Betrieben.**
3. **Die Schaffung von Produktionsverbänden zur zentralen Leitung der Industrie.**
4. **Die Sozialisierung der Landwirtschaft.**
5. **Die Nationalisierung der Banken.**
6. **Das Außenhandelsmonopol.**
7. **Den Ausbau der Genossenschaften.**
8. **Die Sozialisierung des Wohnungswesens.**
9. **Die Bestrafung der konterrevolutionären Sabotageversuche.**

*

Da die vereinigten bürgerlichen Parteien von der Sozialdemokratie bis zur Deutschnationalen Volkspartei die von den Kommunisten vorgeschlagene politische und grundsätzliche proletarische Regelung der Staats- und Finanzwirtschaft bestimmt ablehnen werden, so wird die kommunistische Reichstagsfraktion denselben Parteien, insbesondere aber der Sozialdemokratie, Gelegenheit geben, zu den Fragen der Entlastung der Werktätigen und der Belastung der Besitzenden nochmals von der steuerlichen Seite her konkret Stellung zu nehmen.

Entschließung zum Haushalt des Reichsfinanzministeriums

Die gesamte Steuer- und Finanzwirtschaft des Reiches, der Länder und der Gemeinden ist gemäß nachfolgenden Richtlinien durchzuführen:

1. **Zur Herabminderung der Ausgaben** sind die Aufwendungen für Polizei, Technische Nothilfe, Spitzelsystem, Strafjustiz, Reichswehr und Kirche aus allen Haushaltplänen zu streichen. Gleichzeitig ist unter Beseitigung aller unnötigen Zwischeninstanzen und der bureaukratischen Geheimratswirtschaft anstelle der zahlreichen einzelstaatlichen Verwaltungen eine einheitliche Reichsverwaltung zu schaffen.
2. **Zur Entlastung der arbeitenden Bevölkerung** sind die Lohn-, Umsatz-, Hauszins-, Verbrauchs- und Verkehrssteuern sowie die Zölle und ähnliche Massenbelastungen aufzuheben.
3. **An ihre Stelle tritt eine verschärfte Besitzbelastung mit konfiskatorischen Maßnahmen,** insbesondere eine Erhöhung der Steuersätze für die oberen Stufen der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, sowie die Durchführung wirksamer Nachlaß-, Kapitalsertrags- und Vermögenszuwachssteuern und die entschädigungslose Enteignung der gesamten Liegenschaften und Vermögen der ehemaligen Fürstenhäuser und der junkerlichen Fideikommisse.
4. **Für sozialpolitische und kulturell-soziale Aufwendungen** erhalten die Länder und Gemeinden das Zuschlagsrecht für die Besitzsteuern. Den Gemeinden steht zum Zwecke der Kommunalisierung wirtschaftlicher Unternehmungen das uneingeschränkte Enteignungsrecht zu.
5. **Die Eintreibung der Besitzsteuern muß sichergestellt** werden durch die Arbeiterkontrolle bei der Steuerveranlagung, durch das Kontrollrecht der Betriebsräte über die Geschäftsführung, die Finanzwirtschaft und die Steuerabgaben der Großbetriebe und ihrer Besitzer, durch die Aufhebung des Bankgeheimnisses und die Verpflichtung aller Bank- und Kreditinstitute zur uneingeschränkten Auskunfterteilung für Steuerzwecke, durch laufende detaillierte Veröffentlichungen der Steuererträge und ständige Offenlegung aller Steuerlisten.

Anträge auf Aufhebung von Massenbelastungssteuern

Mit sofortiger Wirkung sind aufzuheben:

1. **der Steuerabzug vom Arbeitslohn (Lohnsteuer);**
2. **die Hauszinssteuer;**
3. **die Umsatzsteuer (Umsatzsteuern dürfen auch von den Ländern und Gemeinden nicht erhoben werden);**
4. **die Zuckersteuer;**
5. **die Salzsteuer;**
6. **die Zündwarensteuer;**
7. **die Leuchtmittelsteuer;**
8. **die Beförderungssteuer;**
9. **die Biersteuer;**
10. **die Essigsäureabgabe;**
11. **die Branntweinabgabe, mit der Maßgabe, daß die Reichsmonopolverwaltung den Inlandspreis für Branntwein entsprechend dieser Steueraufhebung herabzusetzen hat.**

Hierzu wird ferner ein Gesetzentwurf beantragt, der

1. die Verarbeitung von Lebensmitteln zu Spiritus,
2. die Herstellung, den Verkauf, den Transport, die Ein- und Ausfuhr von Branntwein zu anderen als zu technischen und medizinischen Zwecken verbietet.

Antrag zum Einkommensteuergesetz

Der Steuerabzug vom Arbeitslohn (Lohnsteuer) wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Die Veranlagung des Einkommens und die Steuerzahlung der bisher der Lohnsteuer unterliegenden Steuerpflichtigen erfolgt nach den allgemeinen Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes.

Vom Gesamtbetrag der Einkünfte eines Steuerpflichtigen sind steuerfrei in Abzug zu bringen:

1. Die zu ihrer Erwerbung, Sicherung und Erhaltung gemachten Aufwendungen (Werbungskosten). Zu diesen Werbungskosten gehören auch die Aufwendungen der Steuerpflichtigen für Werkzeuge, Berufskleidung und Fortbildungszwecke.
2. Die Beiträge, die der Steuerpflichtige für sich und seine Angehörigen zu Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten- und Erwerbslosenversorgungs-, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen bezahlt hat.

Nicht steuerpflichtig ist Hausrat bis zum Werte von 20 000 Mark, ferner alle Nachlässe, die den Betrag von 100 000 Mark nicht übersteigen.

3. Die Beiträge für Sterbekassen bis zu einem Jahresbetrage von 100 Mark.
4. Versicherungsprämien, die für Versicherungen des Steuerpflichtigen oder seine Angehörigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, bis zum Betrage von 600 Mark jährlich.
5. Die Beiträge für die gewerkschaftlichen Organisationen.
6. Die Beiträge an kulturfördernde, gemeinnützige und politische Vereinigungen bis zum Gesamtbetrag von 100 Mark jährlich.

Steuerfrei soll bleiben das nach obigen Abzügen verbleibende Einkommen bis zu 3600 Mark jährlich.

Dieser steuerfreie Einkommensteil soll sich erhöhen für jede Person, deren Unterhalt der Steuerpflichtige bestreitet, um je 400 Mark bis zum Höchstbetrag von 6000 Mark jährlich.

Die Einkommensteuer soll für den nach Abzug des steuerfreien Einkommensteil verbleibenden Betrag für Einkommen bis 2500 Mark 10 v. H. betragen, für Einkommen bis 5000 Mark 12 v. H., bei Einkommen bis 10 000 Mark 15 v. H., bei Einkommen bis 15 000 Mark 20 v. H. und so ansteigend bis zum Satze von 65 v. H. für Einkommen bis 100 000 Mark.

Alles Einkommen über 100 000 Mark soll restlos eingezogen werden.

Antrag zum Körperschaftssteuergesetz

Als Körperschaft gelten alle Erwerbsgesellschaften, wie Aktiengesellschaften Berggewerkschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Genossenschaften.

Von der Körperschaftssteuer sollen grundsätzlich befreit bleiben:

1. Alle Betriebe und Verwaltungen des Reiches und der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände.
2. Die Konsumvereine, Handwerkergenossenschaften, landwirtschaftliche Genossenschaften und Baugenossenschaften, deren Geschäftsbetrieb sich auf den Kreis der Mitglieder beschränkt.
3. Die Einkaufszentralen der obengenannten Genossenschaften.

Die Körperschaftssteuer soll betragen: Bei den Erwerbsgesellschaften 25 v. H. des steuerbaren Einkommens.

Die übrigen steuerpflichtigen Anstalten, Stiftungen und Zweckvermögen zahlen 10 v. H. des steuerbaren Einkommens.

Steuererleichterungen für kleine Unternehmungen sind vorgesehen.

Antrag auf Wiedererhebung der Kapitalsertragssteuer

Das im Jahre 1923 außer Kraft gesetzte Kapitalsertragssteuergesetz vom 29. März 1920 ist mit folgenden Aenderungen wieder in Kraft zu setzen:

Der Steuersatz auf die Kapitalserträge (Dividenden, Zinsen, Ausbeuten usw.) ist von 10 auf 20 v. H. zu erhöhen.

Eine ernsthafte Erfassung der großen Vermögen ist ohne Sozialisierung unmöglich, daher stellt die KPD.-Fraktion hier nur den folgenden

Abänderungsantrag zum Vermögenssteuergesetz

Von der Vermögenssteuer sollen frei bleiben:

1. Alle Betriebe und Verwaltungen des Reiches, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Alle Vermögen unter 50 000 Mark.

Die Vermögenssteuer, die von allen Vermögen ohne Ausnahme und ohne Rücksicht, ob deren Träger natürliche oder juristische Personen sind, zu erheben ist, soll bei einem Vermögen bis 100 000 Mark 1 v. H. betragen, bei den Vermögen von einer Millionen auf 4 v. H. steigen, um schließlich die Vermögen über 10 Millionen Mark mit einer Abgabe von 10 v. H. zu belasten.

Diese Steuer soll natürlich außer den anderen Besitzsteuern erhoben werden.

Antrag auf Einführung einer Vermögenserhaltungssteuer

Zwecks Beschaffung der Mittel zu einer menschenwürdigen Unterhaltsgewährung an die durch die Geldentwertung enteigneten hilfsbedürftigen Sparer, Kleinrentner und Anleihebesitzer sowie an die durch die Inflation ebenfalls schwer benachteiligten Kriegsopfer und Sozialrentner ist ein Vermögenserhaltungssteuergesetz zu schaffen, das alle Vermögen, die in der Zeit vom 1. Januar 1914 bis zum 31. Dezember 1924 entweder neu entstanden sind, oder einen Zuwachs erfahren haben, oder sich nicht mehr als um 20 v. H. vermindert haben, mit einer einmaligen Vermögensabgabe belastet.

Steuerpflichtig sollen alle Vermögen sein, die am 31. Dezember 1924 den Betrag von 100 000 Mark übersteigen.

Die einmalige Vermögenserhaltungsabgabe soll allgemein für alle Vermögen, die sich über 80 Prozent ihren Vorkriegswertes erhalten haben, 1 bis 3 v. H. ihres Wertes vom 31. Dezember 1924 betragen.

2. Außerdem ist der in diesem Zeitraum erzielte Vermögenszuwachs zu besteuern mit einem Satze, der bei einem Zuwachs von 50 000 Mark mit 10 v. H. beginnt und in mehreren Zwischenstufen ansteigt auf 60 v. H. bei einem Zuwachs von einer Million Mark.

Jeder Vermögenszuwachs, der den Betrag von 1 Million Mark übersteigt, soll für den übersteigenden Teil restlos eingezogen werden.

Antrag zum Erbschaftssteuergesetz

Der Besteuerung durch das Erbschaftssteuergesetz sollen unterliegen:

1. der Nachlaß eines Verstorbenen (Nachlaßsteuer);
2. der Erwerb von Todes wegen (Erbanfallsteuer);
3. Schenkungen unter Lebenden (Schenkungssteuer).

Befreit von dieser Besteuerung sollen dagegen bleiben: Alle Nachlässe, Erbanfälle und Schenkungen, die dem Reiche, den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden für ihre eigenen sozialen und hygienischen Einrichtungen zufallen.

Nachlaßsteuer

Als Nachlaß gilt das gesamte Vermögen des Verstorbenen, das bei seinem Tode vorhanden ist.

Die Nachlaßsteuer ist vorweg aus dem Nachlaß zu entrichten. Sie soll bei einem Nachlaß bis 200 000 Mark 2 v. H. betragen, bei 500 000 Mark auf 5 v. H. und bei Nachlässen über 1 Million Mark 15 v. H. betragen.

Erbanfallsteuer

Als Erbanfall gilt jede Art von Erbschaft, die einer Person zufällt.

Die Erbanfallsteuer soll in zwei Klassen erhoben werden. Zur ersten Klasse gehören Ehegatten, eheliche und uneheliche Kinder. Zur zweiten Klasse Enkel, Geschwister und Eltern sowie etwaige testamentarische Zuwendungen an fremde Personen für nachweislich geleistete Pflege und Wartung des Verstorbenen.

Sind Erben der vorbezeichneten Art nicht vorhanden, so wird der ganze Nachlaß eingezogen.

Von der Erbanfallsteuer sollen befreit bleiben: für Erben der Klasse 1 Erbschaften bis zur Höhe von 30 000 Mark; für Erben der 2. Klasse Erbschaften bis zur Höhe von 20 000 Mark.

Die Erbschaftssteuer soll betragen: in der Steuerklasse 1 für Erbanfälle bis 50 000 Mark 5 v. H. und in Zwischenstufen ansteigend bis 50 v. H. bei einem Erbanfall bis 500 000 Mark. Für die Klasse 2 soll der Anfangssatz 10 v. H., der Endsatz 60 v. H. betragen.

Bei allen Erbanfällen, die den Betrag von 500 000 Mark übersteigen, wird der übersteigende Betrag restlos eingezogen.

Bei Erben, die bereits 500 000 Mark Vermögen besitzen, wird der Erbanfall in vollem Betrage eingezogen.

Dementsprechend wird bei jedem Erben, insoweit sein Erbanfall zusammen mit seinem bereits vorhandenen Vermögen den Betrag von 500 000 Mark übersteigt, der überschießende Betrag eingezogen.

Schenkungssteuer

Schenkungen unterliegen der gleichen Besteuerung wie die Erbanfälle.

Antrag zur Zinszahlung für rückständige Steuern

Die geltenden Bestimmungen über die Steuerzinsen und die Zuschläge für Steuerrückstände sollen dahin abgeändert werden, daß für fällige Steuern, die nicht rechtzeitig gezahlt werden, Zinsen und Zuschläge nach folgenden Grundsätzen erhoben werden:

1. die geschuldeten Steuern aller Gattungen werden zusammengerechnet.
2. Steuerrückstände bis zur Höhe von 500 Mark bleiben zuschlagfrei.
3. Die Verzugszinsen sollen betragen bei einem Steuerrückstand von 500 bis 1000 Mark monatlich 0,5 v. H., um bei einer Steuerschuld von 50 000 bis 100 000 Mark den Satz von 10 v. H. zu erreichen und bei Steuerschulden über 100 000 Mark 20 v. H. im Monat zu betragen.

Antrag zum Finanzausgleich zwischen Reich Ländern und Gemeinden

1. Die Hauszinssteuer ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.
2. Verkehrs- und Verbrauchssteuern dürfen, soweit sie die breiten Massen belasten, auch von den Ländern und Gemeinden nicht erhoben werden.
3. Die Länder und Gemeinden sind berechtigt, für soziale Zwecke Zuschläge zur Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer zu erheben.

Von diesen Zuschlägen müssen jedoch grundsätzlich freibleiben:

1. Arbeitseinkommen bis zu 6000 Mark.
2. Vermögen bis zu 30 000 Mark.
3. Nachlässe bis zu 100 000 Mark.
4. Erbanfälle der Klasse 1 bis 30 000 Mark, und der Klasse 2 bis 20 000 Mark.
5. Schenkungen bis zur Höhe von 5000 Mark.

Anträge auf Arbeiterkontrolle für Besitzsteuerleistungen

1. Veranlagung

Zur Kontrolle der Veranlagung und der Erhebung aller Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Erbschaftssteuer sind bei den Finanzämtern Veranlagungsausschüsse zu bilden.

Diese Ausschüsse müssen so zusammengesetzt sein, daß in ihnen für die verschiedenen Arten des Vermögens und des Einkommens unterrichtete und sachkundige Mitglieder aus den Kreisen der **Betriebsräte, Angestelltenräte, Beamtenausschüsse und Kleinbauerndelegierten** vorhanden sind.

Die Ausschußmitglieder werden von den Vollversammlungen der Betriebsräte, der Angestelltenräte, der Beamtenausschüsse und der Kleinbauernvertreter des Veranlagungsbezirkes gewählt. Dazu können ernannte Mitglieder treten, denen jedoch kein Stimmrecht zusteht.

Wählbar in die Ausschüsse sind Arbeiter, Angestellte, untere und mittlere Beamte und Kleinbauern, die über 20 Jahre alt sind und im Veranlagungsbezirk arbeiten oder wohnen.

Das Amt eines Ausschußmitgliedes ist ein Ehrenamt, jedoch muß Minderbemittelten eine angemessene Entschädigung für Aufwand und Zeitverlust gewährt werden.

2. Aufhebung des Bankgeheimnisses und Auskunftspflicht

Das Steuerrecht ist dahin abzuändern, daß das Bankgeheimnis aufgehoben und alle Bank- und Kreditinstitute zur uneingeschränkten Auskunfterteilung für Steuerzwecke verpflichtet werden.

3. Oeffentliche Auslegung der Steuerlisten

Nach Abschluß der Veranlagungen der Steuern vom Einkommen und Vermögen einschließlich der Erbschaftssteuer haben die Finanzämter die Steuerlisten zur öffentlichen Einsicht auszulegen. Die Auslegung ist rechtzeitig in ortsüblicher Weise bekannt zu machen.

4. Bestrafung von Steuerhinterziehung

Die Strafbestimmungen der Reichsabgabeordnung sind derart abzuändern, daß Steuerhinterziehungen aller Art, sobald der hinterzogene Gesamtsteuerbetrag 5000 Mark übersteigt, neben Geldstrafen, die mindestens das vierfache des hinterzogenen Steuerbetrags ausmachen müssen, und neben der Einziehung der steuerpflichtigen Erzeugnisse und zollpflichtigen Waren, hinsichtlich deren eine Hinterziehung begangen worden ist, grundsätzlich mit Gefängnisstrafe nicht unter einem Jahre und im Rückfalle mit Zuchthausstrafe nicht unter einem Jahre bestraft werden müssen.

*

Der ADGB. hat eine Kundgebung gegen die Luther-Steuern von sich gegeben. Aber es wäre lächerlich, zu erwarten, daß diese Herren von sich aus die Massen gegen den Steuerraubzug der Bourgeoisie mobilisieren und wenigstens für die dringendsten Forderungen des Proletariats die Macht der Organisationen einsetzen werden. Es ist die Aufgabe der Kommunisten, auch in diesen Fragen die treibende Kraft innerhalb der werktätigen Massen zu sein und sowohl die Raubpläne der Bourgeoisie als auch die Schwindelmanöver der SPD. zu durchkreuzen.

Können Arbeiter für den Zentrums-Marx stimmen?

„. . . **Die stärkste Stütze der konservativen Macht ist das Zentrum, das sich gegenüber seinen bäuerlichen und kleinbürgerlichen Wählern als demokratische Partei aufspielt, in Wahrheit aber bei allen großen wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen die aristokratische Klassenherrschaft stärkt.**"

So schrieb die Sozialdemokratie 1909 in einer Broschüre gegen das Zentrum.

Heute verbündet sich dieselbe Sozialdemokratie mit der Zentrumspartei, die ihren Charakter nicht geändert hat.

Klassenbewußte Arbeiter stimmen deshalb nicht für den sozialdemokratischen Kandidaten, den Zentrumsmann Marx, sondern

für Ernst Thälmann!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250505-14/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1478. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Goddula. Funktionärsitzung Sonnabend 11. April, abds. 8 Uhr, im „Grünen Hof".
Merseburg. Mitgliederversammlung Mittwoch, 15. April, 8 Uhr, „Funkenburg".
Lützen. Werbeversammlung Freitag, 17. April, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten".
Schafstedt. Wahlversammlung 19. April, mittags 12 Uhr, „Prinz von Preußen".
Lauchstädt. Wahlversammlung Sonntag, 19. April, nachm. 3 Uhr, „Stadt Leipzig".
Querfurt. Wahlversammlung Sonntag, 19. April, nachm. 3 Uhr, in der „Tanne".

Unterbezirk Mansfeld

Eisleben. Arbeitsgebietskonferenz Sonnabend, 11. April, 8 Uhr, im „Volkshaus".
Wimmelburg. Arbeitsgebietskonferenz Sonnabend, 11. April, abends 8 Uhr, im „Deutschen Kaiser".
Teutschenthal. Arbeitsgebietskonferenz Sonntag, 12. April, nachmittags 3 Uhr, im „Würdenhof".
Erdeborn. Arbeitsgebietskonferenz Sonntag, 12. April, abends 8 Uhr, beim Gen. Träger in Erdeborn.
Gerbstedt. Arbeitsgebietskonferenz Sonntag, 12. April, nachmittags 3 Uhr, beim Genossen Rosenberg in Gerbstedt.
Helbra. Wahlversammlung Freitag, 17. April, abends 8 Uhr, in der „Sonne".
Eisleben. Wahlversammlung Sonnabend, 18. April, abends 8 Uhr, „Volkshaus".
Stedten. Wahlversammlung Sonnabend, 18. April, 8 Uhr, im Lokal Kraneis.
Wimmelburg. Wahlversammlung Sonnabend, 18. April, 8 Uhr, „Deutschen Kaiser".

Unterbezirk Wittenberg-Bitterfeld

Wittenberg. Funktionärsitzung Dienstag, 14. April, 8 Uhr, bei Freudenberg.
Bitterfeld. Wahlversammlung Donnerstag, 16. April, 8 Uhr, im „Bürgergarten".
Jßerndorf. Wahlversammlung Freitag, 17. April, 8 Uhr, im Lokal Schröder.
Gräfenhainichen. Wahlversammlung Sonnabend, 18. April, 8 Uhr, Lokal Egert.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Hohenmölsen-Wählitz. Mitgliederversammlung Sonnabend, den 11. April, abends 8 Uhr, im Parteilokal.
Deuben. Mitgliederversammlung Sonntag, den 12. April, nachmittags 3 Uhr, in Naundorf im Lokal Geißler.
Zeitz. Sitzung der Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte, Kartelldelegierte, Fraktionsvorstände und Zellenobleute am Dienstag, dem 14. April, abends 8 Uhr, in der „Herberge". Alle in Frage kommenden Genossen müssen unbedingt erscheinen.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Holzdorf. Wahlversammlung Donnerstag, 16. April, 8 Uhr, im Lokal Grünitz.
Großtreben. Wahlversammlung Sonntag, 19. April, vorm. 10 Uhr, im Gsthof.
Lichtenburg. Wahlversammlung Sonntag, 19. April, nachm. 3 Uhr, Deutsches Haus".
Bloßig. Wahlversammlung Sonntag, 19. April, 8 Uhr, im Lokal Müller.
Naundorf. Wahlversammlung Sonnabend, 18. April, 8 Uhr, im Lokal Müller.

Empfehlenswerte Literatur

der
Bezirks-Zentralbuchhandlung Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
und deren auswärtigen Filialen

Soeben erschienen!

Lenin: **Ausgewählte Werke**, Sammelband ...... brosch. 6,00
Maslow: **Die zwei Revolutionen des Jahres 1917**
1. Bd.: Die allgem. Voraussetzungen d. russ. Revolution
1. Lieferung .... brosch. 0,40
Die Organisation der Betriebszellen .... brosch. 0,75
Heinz Neumann: **Was ist Bolschewisierung?** .... brosch. 1,20
Eugen Varga: **Materialien über den Stand der Bauernbewegung** .... brosch. 1,20
Die Kommunistische Internationale, Heft 1 1,50
Die Kommunistische Internationale, Heft 2 1,50
Unter dem Banner des Marxismus, Jahrg. 1, Heft 1 .. 3,00
Werdet Klassenkämpfer (Zur Jugendweihe) ..... brosch. 0,75
Mein Genosse (Zur Jugendweihe) .... brosch. 1,60

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

Abteilung 19. Sonnabend, 11. April, 8 Uhr, Petersbergstraße, Abteilungsversamml.
Abteilung 1. Heute, Sonnabend, 8 Uhr in der „Goldenen Kette", Pflichtversamml.
Abteilung 5 u. 6. Mittwoch, 15 April, bei Teichmann, Abteilungsversammlung.
Abteilung 7 u. 7a. Dienstag, 14. April, 8 Uhr, im „Fröhlichen Zecher", Torstraße, Abteilungsversammlung.
Bezirk 5 (Zentrum). Montag, 2. Feiertag, vorm. 7 Uhr, Paradeplatz, Antreten zum Ausmarsch Rückkehr 2 Uhr nachmittags.
Bezirk 1 (Osten). Dienstag, 14. April, 8 Uhr, in der „Erholung", Martinstraße, Werbebezirkspflichtversammlung
Bezirk 4 (Nord). Dienstag, 14. April, 8 Uhr, im „Volkspark", Funktionärsitzung. Jungsturm-Funktionäre miterscheinen.

Jungsturm

Werbebezirk 4 (Nord). Mittwoch, 15. April, im „Volkspark", Mitgliederpflichtversl.

Unterbezirk Saalkreis

Ammendorf. Sonnabend, 11. April, 8 Uhr, „Burgschlößchen", Mitgliederpflichtversl.
Teicha-Merkewitz. Sonnabend, 11. April, „Roten Haus", dringende Pflichtversamml.

Unterbezirk Merseburg

Schkeuditz. Sonnabend, 11. April, 8 Uhr, in der „Weißen Taube", Versammlung.

Unterbezirk Sangerhausen

Artern. Sonnabend, 11. April, abends 8 Uhr, im „Goethehaus", Pflichtversamml.

Unterbezirk Delitzsch

Eilenburg. 1. Feiertag, abends ½7 Uhr, Antreten an der „Rose". 2. Feiertag, mittags 11 Uhr, Antreten an der „Rose" zwecks Abholung der zwei inhaftierten Kameraden Hempel und Teichmann.

Bekanntmachung

Am 11. April 1925 wird die bisher in der Oberrealschule, Staudestraße, befindliche Zahlstelle der städtischen Steuerkasse nach der Neumarktschule, Hermannstraße, verlegt 1124

Halle, den 9. April 1925 **Der Magistrat**

Uptodate u. Industrie-Saat-Kartoffeln!

als bewährte gute Speisesorten halte ich gerade von diesen jetzt ständig größere Lagerbestände und zwar nur mecklenburgische Sandbodenware und bitte um Besichtigung. Reiche Auswahl in Frühkartoffeln

Karl Erbe, Kartoffelgroßhandl.
Gegr. 1879 Fernruf 1425
Magdeburger Str. 67 (a. Riebeckplatz)

Holzpantoffeln

für Kinder 50 u. 75 Pf.
für Frauen 1 Mk.
für Männer 1,25 Mk.
nur Kleine Ulrichstr. 9
Pantoffelfabrik 163
Wiederverk. erh. Vorzugspreise

Werbt für d. Klassenkampf

Gewerkschafts-Genossenschafts-Heim

G. m. b. H., Weißenfels

Sonnabend, den 11., und Sonntag, den 12. April 1925:

Einweihung

des auf dem Sportplatz am Meilenstein erbauten Wirtschaftsgebäudes

Hierzu ladet ein

Die Gesellschaft
466 J. A.: J. Kubitzky

Geschäfts-Eröffnung!

Einer geehrten Einwohnerschaft von Merseburg und Umgegend zur gefälligen Kenntnis, daß ich mein bisher verpachtetes Kino, Große Ritterstraße 1 mit dem heutigen Tage unter dem Namen

C.T.

wieder selbst übernehme und bitte um gütige Unterstützung

Ergebenst

L. Voigtländer
Merseburg, Große Ritterstr. 1.
487

Licht- C.T. Spiele

Erstaufführung für Merseburg!

Ab heute zur **Eröffnung** das große **Osterprogramm**, welches wahrscheinlich lange das Tagesgespräch von Merseburg sein wird

Muttersorgen!

6 Akte

Die Tragödie eines Fürsorgezöglings

Dieses Filmwerk, welches gerade jetzt, wo viele junge Menschen nach der Schulentlassung den Ernst des Lebens **kennen** lernen, müßte sich jeder ansehen. Das Mutterproblem wird hier aufgerollt und weckt in tausend Menschenherzen reinstes Fühlen und dankbares oder wehmütiges Erinnern an das ernst mahnende:

Wenn Du noch eine Mutter hast . . .

Außerdem ein reichhaltiges Beiprogramm

Anfang 5 Uhr. Am 1. und 2. Feiertag 3 Uhr.

Fahrräder

Triumph
Panther
Presto
Vittoria
Opel 146
Reparaturwerkstatt für alle Fabrikate
Paul Krause
Kleine Ulrichstr. 18

Musikapparate Schallplatten

Günst. Zahlungsbed
Reparaturen
Julius Kegel,
Steinweg 53, I. Et.
Bernburger Str. 27

Möbel-Ausstellung

Letsch nur Alter Markt 18
An der Moritzkirche.
Günst. Kaufgelegenh. in jeder Ausführung
Auch Teilzahlung

Damentaschen

Bestes Material und Verarbeitung sehr preiswert bei
Friedr. Pietsch
Sattlermeister
Steinweg 32

Uhren-Reparaturen
übernimmt Uhrmachermeister 103
Hermann Koch,
Liebenauer Straße 5

Möbel

— 50 —
Musterzimmer Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen,
sowie einz. **Möbel** in großer Auswahl verkauft sehr billig
Rosenberg
Geiststraße 21 I.

Naumburg
Herren- und Damenfahrräder
von 100 Mark an
Nähmaschinen
Fahrradzubehörteile aller Art auch
Reparaturen
Paul Samuel,
Otmarsweg 27

Geschlossenheit

führt zum Ziel!

Die Macht der Kirche ist aufgebaut auf der Gleichgültigkeit der Massen!

Tretet aus der Kirche aus, nicht um die Kirchensteuer zu sparen, sondern um die Macht der Kirche zu zertrümmern und den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse zu fördern!

Proletarische Kultur ohne Beseitigung der Erdbestattung ist undenkbar!

Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung e. V. Berlin ist mit rund 1000 Ortsgruppen über ganz Deutschland verbreitet. Als kulturelle Kampfgemeinschaft gegen den Klassenstaat und die Herrschaft der Kirche wurde der Verein 1905 von Arbeitern gegründet. Der Verein übernimmt die kostenlose Feuerbestattung seiner Mitglieder und fordert als Grundlage der Mitgliedschaft den Kirchenaustritt

Mit über 400 000 Mitgliedern ist der Verein der Freidenker für Feuerbestattung e. V. Berlin heute die größte Organisation im Kampfe für die Einführung der obligatorischen Feuerbestattung und gegen die Bestrebungen der Kirche, den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse zu verhindern

Darum heraus aus der Kirche und Mitgliedschaft erworben beim

Verein der Freidenker für Feuerbestattung

e. V. — Sitz Berlin *1116

Mitglied d. Arbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände d. Deutschen Republik und der internationalen Arbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände, kartelliert mit dem Arbeiter-Feuerbestattungsverein „Die Flamme", Wien

Aufnahmegebühr 40 Pf. in jedem Alter vom 3. Lebensjahre an. Keine Ortszuschl. Einheitsbeiträge über das ganze Reich. Bis zum 60. Lebensjahre bei Uebertritt aus ander. Vereinen volle Rechte ohne Karenzzeit Weitest. Entgegenkommen

bei Arbeitslosigkeit usw. keine Nachzahlungen! Zur kostenl. Bestattung gehört Uebernahme all. Unkosten, einschließl. Ueberführung. Eigenes Sägewerk, eigene Sargfabrik, eigene Wäsche-Näherei, großer Autopark in verschiedenen Städten

Bei Unglücksfall Bestattung ohne Karenzzeit

Auskunft erteilen:

Annaburg (Provinz Sachsen), O. Hauptvogel, Hinterstraße 23
Benndorf (Post Körbisdorf), Richard Keil
Bitterfeld, Hermann Kirmse, Feldstraße 25
Creisfeld bei Eisleben, Otto Busch, Viktoriastraße 2
Delitzsch, Oskar Schmidt, Mauergasse 10
Eilenburg, Fritz Schubert, Kranoldtstraße 23
Greppin bei Bitterfeld, Otto Just, Wachtendorfer Straße 7
Gräfenhainichen, Otto Panier, Große Markstraße 8
Halle a. d. S., J. Kraus, Große Steinstraße 47, H. II
Holzweißig bei Bitterfeld, F. Gregsrz, Chausseestraße 11
Reuschberg bei Dürrenberg, Hermann Köllner, Leipziger Straße
Leipzig, Geschäftsstelle, Berliner Straße 13, Telephon 13 473
Merseburg, Paul Koch, Teichstraße 35 II
Osmünde (Post Gröbers), Paul Heinz
Rössuln (Post Granschütz), Albert Fuchs
Roßleben a. d. Unstrut, Wilh. Hartmann, Kolonie 6 b
Schkeuditz, Fritz Hädicke, Bismarckstraße 2 a
Teutschenthal, Hermann Bönicke, Querfurter Straße 26
Torgau, Richard Rößler, Kreuzstraße 4 I
Weißenfels a. d. S., Hugo Leffler, Lutherstraße 8
Zörbig, Paul Löbe, Leipziger Straße 40
Zschakau bei Torgau, Emil Schmidt, Kreischauer Straße 88

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27

(Volkspark) ca. 5000 Bände

Geöffnet Dienstag und Donnerstag, abends 6 bis 8 Uhr
Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44

Nähmaschinen Fahrräder 1080
auch defekt, kauft Off. G. 1 Exp. d. Bl.

Getreide-Klapper zu verk. Seeben, Hauptstr. 4 I

MÜLLERS HOTEL

Inhaber: Adolf Kobitzsch
Magdeburger Straße 149
Ecke Kruckenbergstraße
Das angenehme
Familien-Restaurant!
Jeden Sonntag Konzert

Arbeiter-Athleten-Bund Deutschlands

Am 11., 12. und 13. April 1925 (Ostern) finden im **„Volkspark"** Halle die **großen**

Ausscheidungskämpfe

zur 1. Internationalen Arbeiter-Olympiade in Frankfurt a. Main (Juli 1925) statt. An den Kämpfen im **Ringen, Boxen u. Tauziehen** nehmen **500 Sportler** aus ganz Deutschland teil.

Sonnabend, den 11. April, von abends 7 Uhr an:
Großer Kommers
mit sportlichen Aufführungen.
Sonntag, den 12. und Montag, den 13. April, vormittags 8 Uhr:
Beginn der Kämpfe.
An beiden Tagen ab 5 Uhr nachm.: **Großer Festball**
1115 **Das Festkomitee**

Anfang 8.15 Uhr

Modernes Theater

Der riesenhafte Erfolg!
Joe Labéro Gastspiele
u. das große Varietéprogramm
1. und 2. Osterfeiertag
ab 11 Uhr vorm. [1120
Matinee
Abends nach der Vorstellung
BALL

Rakete

Während der Feiertage
von ½12 bis 2 Uhr
Frühschoppen
4 Uhr:
Nachm.-Vorstellung
8 Uhr:
Abends-Vorstellung

Bandonion-Orchester-Verein „Ideal"

Dirigent: Herr Tapert
1. Osterfeiertag (12. April) vorm. 11 Uhr, im „Zoo": 1122
Gr. Frühschoppenkonzert
Es ladet herzlichst ein **Der Vorstand**

Auf vielseitigen Wunsch

gelangt unser am 5. April 1925, im „Zoo" stattgefundenes **Konzert**
am 2. Osterfeiertag
von 11—1 Uhr nochmals zur Aufführung
Alle Freunde und Gönner sind herzlichst willkommen 1114
Hall. Bandonion-Orchester „Edelweiß"
Mitgl. d. D. B. u. R. B.

Spendet f. d. „Rote Hilfe"

Fahrräder

Opel, Schladitz, Göricke, International und andere Marken von 100 Mark.
Ausführung sämtlicher Reparaturen. Spez. Einz. neuer Rohre bei Rahmenbrüchen. — Zahlungserleichterung
K. Bley, L.-Wucherer-Str. 43 Landsberger Str. 60

Für Händler u. Wiederverkäufer!

*145

Leder-, Cord- u. Plüsch-Pantoffeln Sandalen, Turn- u. Handwerkerschuhe u. sonstige Gebrauchs-Schuhwaren nur erstklassig, Qualität. zu vorteilhaften Preisen empfiehlt
Georg Cohn Schuhwaren en gros
Halle a. d. S., Steinweg 24

Meine Geschäftsräume befinden sich jetzt:
Schmeerstr. 16
früher Bocksche Honigkuchenfabrik
Willy Voigt 1021
Schokoladen-Spezial-Großhandlung

Allgem. Ortskrankenkasse der Stadt Merseburg

488

Der Umtausch bezw. die Neuausstellung der Invaliden-Quittungskarten für unsere Mitglieder erfolgt von jetzt an wieder durch die Kassenverwaltung
Der Vorstand
J. A.: Hennig, Vorsitzender

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250505-14/fragment/page=0004
DFG

Aus den Betrieben

Die Leunaspitzel auf falscher Fährte

(Von unserem Betriebskorrespondenten)

tantaene animis celestibus irae!
(solcher Zorn in himmlischen Gemütern
— so ärgern sich große Männer).

Ha, wie sie toben im Bau 27 Eine wahre Lust ist es, den Betriebsführer **Leonhardt** und den Obermeister **Zwick** zu beobachten. Sie spielen „Untersuchungsrichter". **Die letzten Artikel des „Klassenkampf" sind den beiden so auf die Nerven gefallen,** daß sie jetzt nichts unversucht lassen, den Berichterstatter herauszubekommen. Wenn sie ihn hätten (!), wollten sie ihn schon hinausbugsieren aus der Leuna-Hölle. Aber leider wird es ihnen nicht gelingen, denn die beiden kapitalistischen Soldknechte haben von zu Hause nicht den zehnten Teil der Intelligenz eines gewöhnlichen Kommunisten mitbekommen!

Wütend haben beide zugeben müssen, daß die Berichte des „Klassenkampf" der Wahrheit entsprechen. Aber die Wahrheit muß unterdrückt werden, denn wo soll denn das hinführen, wenn alle Schweinereien, die im Leunazuchthaus passieren, an die Oeffentlichkeit gezerrt werden.

Kein Mensch will dort noch Arbeit annehmen, wo er für erbärmliche Löhne noch dauernd der Lebensgefahr ausgesetzt ist. **Der Jungdoschreiber Erich Mitschel ist der Pinkerton der beiden Genannten.** Er hat seine Leute im Betrieb, die ihm das „artikelschreibensverdächtige" Element mitgeteilt haben. Natürlich ist dieser Unsinn erfolglos. Der Kommunist lacht darüber und spannt weiter auf die Ratte.

In diesem Zusammenhang wollen wir noch den **Unfall des Arbeits Böge aus Weißenfels erwähnen, an dem kein anderer als der Meister Koch die Schuld trägt.** Die Vorgesetzten hatten es recht eilig, Kronzeugen zu bestimmen, die keine drei Schritt weit sehen können. Trotz dieser Vertuschungsmanöver weiß aber jeder Arbeiter im Bau, daß die **Schuld auf den Antreiber Koch zurückfällt, der seit langem den Beinamen „Massenmörder" führt.** Dahinter steht natürlich der Oberantreiber Leonhardt, der so stolz ist, daß er nicht einmal weiß, daß man „guten Morgen" sagt, wenn man zu den Leuten kommt. Vielleicht bringt ihm Albert Daniel aus Eisdorf noch den nötigen Schliff bei. Wir wollens hoffen.

Mag das Leunawerk noch soviel Spitzel mobil machen und noch soviel unter den revolutionären Arbeitern wüten, das wird alles nichts nützen. Der kommunistische Arbeiter wird immer wieder Mittel und Wege finden im „Klassenkampf" und an anderer Stelle die rüben Antreiber entsprechend zu belenchten.

Rote Betriebsräte

In Königsberg haben die Betriebsratswahlen für die KPD. sehr günstige Resultate gebracht. In dem Bernsteinwerk Tragheimer, Kirchenstraße, wurden von 125 Arbeitern 4 KPD.-Betriebsräte gewählt. Der Betriebsrat des Konsums setzt sich aus drei Kommunisten, einem Sympathisierenden und einem Sozialdemokraten zusammen. In der Holzwarenfabrik Cosse wählten 200 Arbeiter sechs Genossen als Betriebsräte. Der neue Betriebsrat des Zeugamts Rothenstein besteht ebenfalls ausschließlich aus Genossen. Der Betriebsrat der Firma Lasser, Mühlenhof, besteht aus drei KPD.-Genossen und einem SPD.-Mann. Bei der Neuwahl des Betriebsrates der Allgemeinen Ortskrankenkassen wurden vier Parteigenossen gewählt.

O. König, Borau

oder: Schuster, bleib bei deinem Leisten

(Von unserem Betriebsberichterstatter)

Seit längerer Zeit bin ich eifriger Leser des „Klassenkampf". Ein sehr interessanter Teil dieses Arbeiterorgans sind die Berichte aus den Betrieben. Ich bitte daher um Aufnahme folgender Zeilen:

Der ungekrönte Maulwurfkönig von Borau sucht wieder einmal Dumme. Am 13. April prangte im „Weißenfelser Tageblatt" folgendes Inserat: „Suche 6 bis 8 tüchtige Maulwurfzurichter (keine Studenten). O. König, Borau." Ich glaube, Herr König hat sich noch nicht eingehend mit dem Problem der Einstehung von Studenten befaßt. Ich erteile ihm deshalb darüber folgenden Aufschluß. Der Lehrling bekommt in den meisten Kürschnereien von Weißenfels während seiner drei Lehrjahre so gut wie gar keine Arbeit in die Hände. Ihm fehlen deshalb die Kenntnisse, die er zu seinem späteren Fortkommen gebraucht.

Die Hauptbeschäftigungen des Lehrlings sind Straßekehren, Stiefelputzen und Wegelaufen.

Obendrein gibts eine Tracht Prügel, wenn der „Lehrmeester" schlecht geschlafen hat. Uebrigens werden Maulwürfe in Weißenfels überhaupt nicht zugerichtet, denn das ist anderswo Spezialität. So habe ich Ihnen kurz das Problem über die Studenten gelöst. Wie aber bezahlen Sie jene Studenten, die im vorigen Jahr bei Ihnen arbeiteten? Wer verdiente Ihnen Ihr Luxusauto, „Maulwurfskönig"? Mit 18 Mk. in einer Woche fing die Bezahlung an, so ging es aufwärts bis zu 30 Mk. **Tarifmäßig hätten Sie aber, bei der Arbeitszeit, die Sie selbst eingeführt haben (60 Stunden pro Woche), außer Sonntag, 60 bis 70 Mk. bezahlen müssen, die Differenz wanderte zum Automobilfonds.**

Schieben Sie lieber weiter Karussell und drehen Sie den Leierkasten dazu, denn darauf haben Sie jedenfalls den Professor gemacht. Ein Sprichwörtchen heißt: **Schuster, bleib bei Deinem Leisten.**

Der neue Verrat an den Hüttenarbeitern

Der Sozialdemokratische Regierungspräsident verhindert den Achtstundentag

Der Schwindel mit der Verordnung des Reichsarbeitsministeriums über Wiedereinführung des Dreischichtensystems für die Hüttenarbeiter kommt jetzt, da sie am 1. April durchgeführt werden soll, an den Tag.

Laut Entscheidung des Oberbergamtes bleibt für die ganze oberschlesische Hüttenindustrie das Zweischichtensystem, also der Zwölfstundentag, bis auf weiteres bestehen. Und nun haben die Regierungspräsidenten von Arnsberg und Koblenz „mit Rücksicht auf die Industrie" auch für die ganze Siegerländer Hüttenindustrie entschieden, daß auch dort die Zwölfstundenschicht vorläufig bis 1. Oktober bestehen bleibt.

Der „Vorwärts" mimt den Entrüsteten, nennt die Entscheidung „skandalös" und fragt, ob die Regierungspräsidenten vor ihrer Entscheidung auch die Hauptbeteiligten, die Arbeiter, gehört hätten? Sehr richtig! Doch der „Vorwärts" verschweigt verschämt, wer der Regierungspräsident von Arnsberg ist.

Es ist der Sozialdemokrat und SPD.-Reichstagsabgeordnete König. Wird die SPD. gegen diesen Verräter König, der nur die „Not" der Unternehmer kennt, aber die Arbeiter überhaupt nicht anhört, etwas unternehmen? Keine Spur! **König wird ungestört „Arbeiter"vertreter im Reichstag und im Namen der SPD. spielen. Arbeiter, denkt darüber nach und lernt verstehen, warum Ihr Euch nicht auf die SPD.-Schwindler verlassen dürft, sondern mit der KPD. um den Achtstundentag kämpfen müßt.** Vergeßt nicht, auch am 6. April hieraus die richtige Konsequenz zu ziehen.

Messingwerk Hettstedt

Wer 8 Stunden arbeitet, wird entlassen

(Von unserem Betriebsberichterstatter)

Mit welchen Ausbeutungsmethoden die Kapitalsknechte der Mansfeld A.-G. tagtäglich aufwarten, zeigen folgende Vorgänge. In Abteilung Grob-Drahtzug arbeiten an zwei Maschinen vier Mann. Auf Anordnung Dölles sollen selbige Arbeit drei Mann verrichten. Die Arbeiter lehnten diese Zumutung ab und haben die Arbeit sofort niedergelegt. Alle Verhandlungen des Betriebsrates mit Direktor Hüster scheiterten an dessen Dickköpfigkeit. Sofort verlangten 24 Mann die Papiere. Als nun die anderen Kumpels dazu Stellung nahmen, fuhr Hüster dazwischen und meinte, was wollen Sie denn, die Leute haben doch die Papiere selbst genommen.

In der Abteilung Hammerwerk wurde bisher acht Stunden mit nur 20 Minuten Frühstück gearbeitet. Jetzt sollen wieder zehn Stunden gearbeitet werden, was gleichfalls abgelehnt wurde. Zwei Schichten nahmen sofort die Papiere, mit Ausnahme der dritten Schicht, welche aufgeteilt und in andere Betriebe verlegt wurde.

Herr Hüster meint nun, da wird man ja nervös. Wir glauben ihm das; hat er doch von der Generaldirektion die Anweisung erhalten, es mit gutem Einvernehmen zu versuchen, aber um keinen Preis acht Stunden arbeiten zu lassen; nun wachsen ihm die Verhältnisse aber über den Kopf. Hüster wird noch nervöser, wenn Gießerei und Handwerker sich auch noch anschließen. Hüster wird bald allein sein im Betriebe, dann kann er sich erholen.

Die rote Fahne auf Grube „Alwine"

(Von unserem Betriebsberichterstatter)

Im Jahre 1918 hatten wir uns hier auf der Grube „Alwine" eine rote Fahne angeschafft. Das Geld dazu hatten wir durch Sammlung aufgebracht. Damals war unsere Belegschaft allerdings ganz anders eingestellt als es heute der Fall ist. Sogar ein Teil der Beamten hatten ihr Schärflein zu diesen Sammlungen beigetragen. Zu verschiedenen Zeiten, bei freudigen und ernsten, ist diese Fahne vorangetragen worden.

Die Beamten marschierten damals mit in unseren Reihen und hinter unserer Fahne.

Jetzt, solange der Direktor Blau das Zepter schwingt, ist das anders geworden. Hier ist ebenfalls eine Speichelleckerbande großgezogen worden in Form von Stahlhelm, Wehrwolf und Werksgemeinschaft. Keiner durfte sich mehr revolutionär betätigen, sonst lag er am andern Tag auf der Straße. Verschiedene unserer besten Funktionäre wurden von dieser Sippschaft sogar ins Gefängnis gebracht. Seit kurzer Zeit ist das nun wieder etwas anders geworden. Die bestialische Bluttat der Polizei im „Volkspark" in Halle schlug dem Faß den Boden aus. War doch unter den Opfern auch ein früheres Belegschaftsmitglied. Spontan wurden Sammlungen vorgenommen. Eine Fahnendelegation sollte daran teilnehmen. Am Tage vor der Beisetzung erschienen in der Wohnung des Fahnenaufbewahrers die **Stahlhelmer Robert Franz und Karl Jäde und wollten im Auftrage des Stahlhelmführers Steiger Winter unser rotes Banner abholen. Bekommen haben sie es allerdings nicht. Aber viel fehlte nicht, dann hätten sie die verdiente Tracht Prügel erhalten.**

Sie sollen es nicht noch einmal wagen, ihre dreckigen Finger nach unserem Heiligtum auszustrecken. Sie haben uns durch diese Tat unseren Weg wieder vorgezeichnet.

Kollegen, nun aber Schluß mit der Lauheit. Wir müssen uns jetzt wieder offen der Roten Front anschließen. Hinweg mit den bürgerlichen Zeitungen und wieder den Klassenkampf in die Wohnung. Mit unserer roten Fahne wieder hinaus auf die Straße und damit dokumentiert, daß wir uns vom Stahlhelm nichts mehr vorschreiben lassen. Am 26. April also, Mann für Mann, zur Wahl gegangen und den Roten Kandidaten Ernst Thälmann gewählt.

Grube Elisabeth, Mücheln

(Von unserem Betriebsberichterstatter)

Auf unserer Grube sind derartige Zustände, daß man täglich einen Artikel darüber schreiben möchte. Wir würden das auch tun, wenn wir nicht Rücksicht auf die übrigen Betriebe nehmen müßten, die ebenfalls den Raum des Klassenkampf in Anspruch nehmen wollen.

Wie wir schon einmal berichteten, glaubt man sich hier in einem „Hagenbeckschen Tierpark" zu befinden. Den Namen nach sind auch alle nur denkbar möglichen Tiere hier vertreten. Tierbändiger ist der Steiger Struber, der da nur so herumschmeißt mit den Worten Ochse, Esel, Rindvieh, dummes Schwein und dergleichen.

Dieser „Herr" kann aber auch anders, insbesondere dann, wenn er sich jungen Mädchen gegenüber sieht. Um sich die Gunst der Mädchen zu erwerben, mit denen er im Betrieb mal gern allein sein möchte, kommt es ihm sogar nicht auf einige Tafeln Schokolade an. Natürlich tut er das nicht umsonst, sondern erwartet, daß ihm auch Gegenliebe bekundet wird.

Eines Tages begab es sich, daß Steiger Strube mit einem Mädchen allein war. Er glaubte nun ein Anrecht darauf zu haben, seinen Lohn für die verabfolgten Süßigkeiten verlangen zu können. Aber Strube hatte sich geirrt. Er hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Diesmal war dieser saubere Herr in falsche Hände geraten. Unter Verlust eines Hosenknopfes gelang es dem Mädchen, sich den Händen dieses geilen Wüstlings zu entreißen.

Wir gestatten uns, der Direktion die höfliche Anfrage zu unterbreiten, was sie gegenüber solcher Dinge zu tun gedenkt. Uns erscheint es wenigstens ganz ausgeschlossen, daß eine Firma einen solchen Wüstling noch länger im Betrieb dulden kann. Oder hält die Direktion die Arbeiterinnen für Freiwild derartiger Patrone.

Klassengenossinnen und Genossen! An diesem Beispiel könnt Ihr wieder erkennen, daß es not tut, uns **gegenüber dieser Gesellschaft zusammenzuschließen. Nur dadurch wird es uns möglich sein, derartige Zustände mit Stumpf und Stiel auszurotten.**

Der „Facharbeitermangel" im Baugewerbe

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" vom 2. April schreibt:

„Der Facharbeitermangel im Baugewerbe fängt schon jetzt an, sich sehr unangenehm bemerkbar zu machen.

Bei weiterer Fortdauer dieser Erscheinung können die übelsten Rückwirkungen nicht ausbleiben. Von ihnen wird dann nicht nur das Baugewerbe im engeren Sinne erfaßt werden; es werden unter ihnen vielmehr auch alle diejenigen zu leiden haben, die — wie z. B. Haus- und Grundbesitzer — nur in loser Fühlung zum eigentlichen Baugewerbe stehen.

Auch die Regierung beschäftigt sich schon seit längerer Zeit mit dem Bauarbeitermangel. In langen Konferenzen sowohl bei Zentral- als auch bei Lokalbehörden ist diese Frage wiederholt und eingehend erörtert worden. Nach dem augenblicklichen Stand der Dinge kann man annehmen, daß die Regierung dem Lehrlingswesen im Baugewerbe zurzeit eine größere Beachtung zu schenken nicht gewillt ist, da dieses Problem zur Lösung der augenblicklich akuten Fragen nicht in Betracht kommt. Die Regierung (unter Führung des Reichsarbeitsministers) verfolgt vielmehr — was durchaus zu billigen ist — die Taktik, Maßnahmen anzuwenden, die den augenblicklichen Druck vom Baugewerbe zu nehmen geeignet sind. Wenn man die Gedankengänge der sämtlichen Stellen nach einheitlichen Gesichtspunkten zusammenfaßt, kann man feststellen, daß für das laufende Jahr nach Ansicht der Regierung vorzugsweise folgende Fragen in Betracht kommen:

a) Planmäßige Verteilung der Bauarbeiten über das ganze Jahr 1925 bis ins Jahr 1926 hinein.
b) Möglichst **weitgehende Heranziehung von angelernten und ungelernten Arbeitern;** Verwendung von Baustoffen, die diese Heranziehung erleichtern.
c) **Wiedererzuführung von Bauarbeitern, die in andere Gewerbe abgewandert sind, zu ihren früheren Berufen.**
d) Zwischenörtlicher Ausgleich von Arbeitskräften.

Was steckt hinter dieser Darstellung des angeblichen Facharbeitermangels, von dem in Wirklichkeit gar keine Rede ist? Hierüber gibt dieselbe „Bergwerks-Zeitung" erfreulicherweise gleichfalls Antwort; es heißt: **„Leider hat die Regierung mit dem Problem der Bauarbeiterlöhne sich bisher noch in keiner Weise befaßt. Diese haben in der letzten Zeit eine außerordentliche Steigerung erfahren."**

Im nachfolgenden werden dann die Löhne der Bauarbeiter in den verschiedensten Städten angegeben und daraus gefolgert, daß angesichts der Tatsache, **daß die Tariflöhne „außerordentlich hoch" über den Friedenslohnsätzen stehen und bis 2 Mark die Stunde betragen, dieser Frage in Zukunft erhöhte Beachtung geschenkt werden muß.**

Das Problem für die Bauunternehmer besteht also darin, die Löhne der Arbeiter herabzudrücken.

Sie müssen also Mittel und Wege finden, dies zu erreichen.

Nach der Marxschen Theorie ist das Lohngesetz ein elastisches Gesetz. Das heißt: „Der Lohn ist nicht eine von vornherein und unabänderlich gegebene Größe, die sich mechanisch immer wieder selbst reguliert, wie Lassale in seinem „Ehernen Lohngesetz" annahm, sondern

der Lohn wird bestimmt durch den Machtkampf zwischen Arbeiter und Unternehmer, der innerhalb eines gewissen Spielraumes die Löhne bestimmt."

Dessen sind sich auch die Unternehmer bewußt. Sie wissen, daß sie diesen Machtkampf nur wagen können, wenn das Angebot von Arbeitskräften die Nachfrage bedeutend übersteigt. Sie müssen deshalb, bevor sie diesen Kampf wagen, für eine ausreichende Zahl von Arbeitskräften Sorge tragen. **In Deutschland** ist die vom Unternehmertum gewünschte Reservearmee trotz aller Bemühungen nicht herzustellen. **Die Unternehmer müssen deshalb das Ausland zu Hilfe nehmen.** Sie würden aber aus dem Ausland keine Arbeitskräfte erhalten, wenn sie nicht nach außenhin Arbeitermangel vortäuschen würden.

Um zu ihrem Ziel zu gelangen, pfeifen die Bauunternehmer selbst auf die Verfassung. Sie verhandeln mit einer fremden Staatsmacht, ohne sich darum zu kümmern, daß es in Deutschland noch ein Außen- und Reichsarbeitsministerium gibt. Der „Zentralverband der Bauarbeiter der tschechoslowakischen Republik" teilte nämlich dem „Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter" folgendes mit:

„Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe" hat sich an die tschechoslowakische Regierung mit dem Ersuchen gewandt, **15 000 tschechische Maurer und Zimmerer nach Deutschland zu schicken.** Als Begründung wird von den Unternehmern angegeben, daß im Jahre 1925 in Deutschland 45 000 Wohnungen gebaut werden sollen und dazu **die in Deutschland vorhandenen Facharbeiter nicht ausreichen."**

Dieses Vorgehen der Bauunternehmer bedeutet nichts anderes, als mit allen Mitteln **eine Reservearmee erwerbsloser Bauarbeiter zu schaffen, um somit die Löhne auf das denkbar tiefste Niveau herabzudrücken.**

Dieser Vorstoß der Unternehmer ist außerdem der allergrößte Schwindel. Schon in der kleinen Stadt **Halle** haben wir am **30. März 97 arbeitslose Maurer** gehabt. Zu dieser Zahl kommt eine große Zahl anderer Baufacharbeiter, wie Zimmerer, Dachdecker, Maler, Klempner, Glaser usw. hinzu. Von den ungelernten Bauarbeitern gar nicht zu reden. Im Bezirk **Halle Saalkreis wird sich diese Zahl noch bestimmt verdoppeln.** Nach einer vom Baugewerksbund aufgenommenen Statistik, veröffentlicht im „Grundstein" vom 28. Februar, haben wir am **26. Januar** d. J. zu einer Zeit, wo auf Grund der Witterungsverhältnisse die Bautätigkeit **nicht** eingestellt war,

32 305 arbeitslose Maurer

gehabt. Unter Zurechnung der übrigen Bauarbeiter betrug die Zahl nach derselben Statistik **74 471.** Je nach den Bezirken betrug die Arbeitslosenzahl am 26. Januar bis zu 61,1 Prozent der Mitglieder. Im Reichsmaßstab waren im Durchschnitt 24,86 Prozent arbeitslos. Diese Zahl bezieht sich aber nur auf die dem Baugewerksbund angeschlossenen Mitglieder. Nach einer Angabe des „Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter" betrug die Zahl **der arbeitslosen Bauarbeiter im Reiche, d. h. die stempeln gingen, Mitte Februar d. J. 80 000 bis 100 000 Mann.**

Trotz dieser Tatsache versuchen die Unternehmer die Oeffentlichkeit irrezuführen. In Wirklichkeit verbirgt sich hinter diesem Schwindel nichts anderes, als fremde Arbeiter unter Vorspiegelung falscher Tatsachen nach Deutschland zu locken und diese gegen die Arbeiterschaft auszuspielen. Dies sind die wahren Gründe, die die Unternehmer bewegen, von einem Facharbeitermangel zu reden. Die Bauarbeiter werden dafür Sorge tragen müssen, diesen Schwindel zu entlarven.

Es gibt keinen Facharbeitermangel im Baugewerbe

Die sich für die Bauarbeiter hieraus ergebende Konsequenz ist, durch Schaffung einer einheitlichen, geschlossenen Organisation dem Unternehmertum in dem unausbleiblichen Kampf eine genügend starke Waffe entgegenzustellen.

R. B.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250505-14/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Ostern

Von **Alfred Leidig**

Er stürmte durch die mehr oder weniger sonntäglich geputzte Menge, in der Regel Flüche, manchmal ein Kichern hervorrufend und zurücklassend. Was kümmerte ihn das? Sollte er den würdevoll Dahinspazierenden, die für die Wirklichkeit keinen Sinn hatten, die ohne Pause Theater spielten, auch noch zart entgegenkommen? Seine elendriechende Wohnhöhle schien ihm eine Oase in der Wüste des allgemeinen Festtaumels.

Sie feierten Ostern. Die deutsche Bourgeoisie hatte natürlich allen Grund dazu. Als Fronvogt der Ententekapitalisten konnte sie sich selbstverständlich eine kleine amüsante Abwechselung erlauben. Man fuhr im Flugzeug oder luxuriösen Auto zum Harz und deklamierte unter Umständen, Erhabenheit heuchelnd: „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche." Oder man schenkte seiner Dirne ein neues Schlafzimmer. Oder man sperrte 10 000 Arbeiter aus. Der persönliche Geschmack war da immer ausschlaggebend.

Hatten aber die breiten werktätigen Massen Ursache, zu feiern? War es nicht äußerst erniedrigend für sie, wie gut dressierte Hunde schweifwedelnd dem kapitalistischen Dresseur zu gehorchen! Tausende gingen aus ihren Reihen an Unterernährung und Tuberkulose zugrunde, und sie feierten! Bergwerksunglücke, Zugzusammenstöße, Explosionen und Baueinstürze, alles Auswirkungen einer bis ins Sinnlose gesteigerten Ausbeutung, waren an der Tagesordnung, und sie feierten! 15 000 von Noske Gemordete und 7000 lebendig Begrabene forderten Rache, und sie feierten! Gab es denn noch einen höheren Grad von Stumpfsinn und Gewissenslosigkeit?

Der Proletarier betrat den Mietkasernenhof, der scheinbar ausgestorben dalag. Und wußte sofort, daß er Leben, kostbares Leben barg.

Hinter diesem und jenem Fenster hausten Menschen mit Menschlichkeitsempfinden, die den Irrsinn des kapitalistischen Systems begriffen hatten. Die mit ihren Gedanken bei den Brüdern hinter Kerkermauern weilten. Die sich keinen Illusionen hingaben und bereit waren, für ihre Ueberzeugung zu sterben.

Wenn diese Menschen auf die Straßen gingen, dann bot die Bourgeoisie ihren ganzen Machtapparat auf. Dann war ihr Wohlwollen dahin. Dann fühlten sich die bürgerlichen und sozialdemokratischen Presseреptile nicht verpflichtet, von einer Auferstehung zu faseln. Dann gab es Maschinengewehrkugeln anstatt Choräle und Glockengebimmel.

Der Proletarier lauschte plötzlich. Irgendwo sang eine Frau, die in der Küche herumhantieren mochte, ein Lied. Ein Lied, das ihm wohl vertraut war. Er fiel ein und begleitete sie:

„. . . Hoch Lenin!
Wir sind die rote Garde,
Die zum letzten Kampf bereit . . ."

Kreistagssitzung des Saalkreises

Zum 8. April 1925 hatte der Landrat des Saalkreises nach langer Atempause eine Kreistagssitzung einberufen. Auf der Tagesordnung standen nicht mehr als 25 Punkte, die ihrer Erledigung warteten. Es wäre doch notwendig, zur gegebenen Zeit Sitzungen einzuberufen, damit die Tagesordnung nicht überfüllt ist und jeder Punkt eingehend behandelt werden kann.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde verhandelt: Aufnahme einer Anleihe von einer Million Mark zur Gewährung von Darlehen an Gemeinden zum Bau von Wohnhäusern, sowie Uebernahme der Hälfte der Zinsen auf den Kreis. Diese Vorlage wurde einstimmig angenommen. Aber die Bürgerlichen setzten sich dafür ein, daß auch möglichst die Gutsbesitzer berücksichtigt werden, damit **„endlich die Dienstwohnungen ihnen zur freien Verfügung stehen"**. Ferner brachte ein Bürgerlicher den Vorschlag, daß das Geld an Private verliehen wird, denn die Gemeinde hätte nicht soviel Interesse für den Wohnungsbau, wie ein Privatmann. Die kommunistischen Vertreter stellten sich einmütig auf den Standpunkt, daß das Geld nur der Gemeinde zur Verfügung gestellt wird. Der Kreistag beschloß, eine Million Mark als Darlehen aufzunehme, um die Wohnungsnot im Saalkreise einigermaßen zu beseitigen. Die Verteilung soll derartig geschehen, daß baulustigen Gemeinden das Darlehen zum vierprozentigen Zinsfuß und mit vierprozentiger Amortisation ausgeliehen, der Rest der Zinsen auf den Kreis übernommen wird.

Der fünfte Punkt der Tagesordnung: Uebernahme der Zinsen und der Ausfallbürgschaft für den, den durch Hochwasser geschädigten Landwirten im Saalkreise zur Beschaffung von Frühjahrs-Saatgut gewährten Staatskredit von 14 000 Reichsmark auf den Kreis. **Hierzu mußte selbst der Landrat Müller, auf den Hinweis der kommunistischen Vertreter, zugeben, daß nur die Gutsbesitzer und Landwirte berücksichtigt wurden, während die Arbeiter, die den wirklichen Schaden erlitten hatten, nichts bekommen hatten.**

Der achte Punkt der Tagesordnung: Erhöhung des Kapitals der Kraft-Verkehrs-Gesellschaft m. b. H. Sachsen-Anhalt in Magdeburg um 50 Prozent, wurde durch die Einheitsfront der Schwarzweißrotgelben angenommen. **Unsere Vertreter standen auf dem Standpunkte, kapitalistische Unternehmen aus Kreismitteln, den Steuergroschen der Proleten, nicht zu unterstützen.**

Zum Nachtrag zur Kreisjagdsteuerordnung vom 29. März 1923 sowie Beschlußfassung über Ermäßigung des Steuersatzes, ist zu bemerken, wie warm sich die Agrarier für die Herabsetzung der Jagdsteuer einsetzten. Die kommunistischen Vertreter machten den Herrschaften klar, daß wer Geld zum Jagdsport übrig hat, auch die Steuern zahlen kann.

Interessant an den Satzungen für das Kreiswohlfahrtsamt ist, daß in dem Hauptausschuß unter anderen zwei Pfaffen vertreten sind, ebenso in dem Jugendausschuß. Wie weit die Pfaffen Interesse an der Wohlfahrt haben, wissen wir zur Genüge.

Punkt 13 der Tagesodnung lautete: Ordnung über die Erhebung von Vorausleistungen für die Wegeunterhaltung. Im § 7 dieser Ordnung heißt es ungefähr: Von der Abgabepflicht befreit ist eine Wegebnutzung durch Fahrzeuge des Reiches, eines Landes, eines Gemeindeverbandes oder einer sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaft, soweit die Fahrzeuge zu einem öffentlichen Dienst oder Gebrauch verwendet werden, ferner Krankenwagen und Fahrzeuge der Feuerwehr, sowie Fuhren in landwirtschaftlichen Betrieben. **Die kommunistische Fraktion stellte einen Zusatzantrag, die Konsum-Genossenschaften von der Abgabepflicht zu befreien.** Dagegen wehrte sich der Landrat Müller ganz energisch. Obwohl die SPD.-Vertreter mit dafür eingestanden haben, kippten dieselben um, begnügten sich mit dem Vorschlage des Landrates Müller, der wie folgt lautet: Die Konsum-Genossenschaften sollten bei den Gemeinden Einspruch dagegen erheben. Der Antrag der Kommunisten wurde durch die schwarzweißrotgelbe Front abgelehnt.

Bei der Beratung des Haushalt-Voranschlages des Saalkreises für das Rechnungsjahr 1925 waren für die Kleinrentner nicht, wie im Vorjahre, 98 000 Mark, sondern nur 70 000 Mark, für Sozialrentner statt 147 000 Mark nur 90 000 Mark ausgeworfen. Die fehlenden 30 Prozent sollten durch die Gemeinden getragen werden. **Der Kreistag beschloß, daß die Summe vom vorigen Jahr beibehalten bleibt.**

Punkt 20 der Tagesordnung sah die Wahl von Schiedsmännern für verschiedene Bezirke vor, unter anderen für **Brachstedt**. Dort hatte die kommunistische Fraktion einen Genossen vorgeschlagen, der wiederum durch die Einheitsfront der Schwarzweißrotgelben abgelehnt wurde. Dafür wurde der Landwirt Friedrich Richter, genannt „Saftrichter", der ja den Arbeitern von Brachstedt und Umgegend sattsam bekannt ist, gewählt.

Punkt 21 der Tagesordnung sah die Wahl eines Amtsvorstehers für den Bezirk **Brachstedt** und eines Amtvorstehers-Stellvertreters für den Bezirk **Döllnitz** vor. Die Wahl für den Bezirk Brachstedt konnte nicht vorgenommen werden, da der derzeitige Amtsvorsteher flüchtig ist und sein Amt noch nicht niedergelegt hat. (Man munkelt, daß Saftrichter, der als Zuschauer anwesend war, von der SPD. in Vorschlag gebracht werden sollte, vielleicht wollte er sein Amt gleich antreten?) Die Wahl für den Amtsvorsteher-Stellvertreter fiel auf **Schumann**-Lochau, SPD. Der Kandidat der Kommunisten, **Buchheim**, wurde von der bekanten Einheitsfront abgelehnt.

Die übrigen Tagesordnungspunkte wurden formgemäß erledigt.

Vertreter-Versammlung des Allgemeinen Konsumvereins

Am Karfreitag fand im **„Volkspark"** die Frühjahrs-Vertreterversammlung statt, die von 145 Vertretern besucht **war**. Ein Vortrag über die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft „Volksfürsorge", sowie die Berichterstattung über die stattgefundene Werbearbeit unter den säumigen und geringkonsumierenden Mitgliedern machte es notwendig, auch die Lagerhalter hinzuzuziehen. Ferner war als Gast der Leiter des Genossenschafts-Seminars der Universität Halle, Herr Professor Dr. **Grünfeld**, zugegen.

Rechnungsführer **Willi** von der „Volksfürsorge" in Leipzig gab ein ausführliches Bild über das Wesen, die Ziele und den Nutzen des gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unternehmens „Volksfürsorge". Er führte u. a. aus: Der Geschäftsbetrieb dieses gemeinnützigen Unternehmens sei im Jahre 1913 eröffnet und habe bis zum Ausbruch des Krieges bereits 150 000 Versicherungen abgeschlossen. Das sei ein Erfolg, den bis jetzt keine andere Versicherung erreicht hatte. Die Konsumgenossenschaften hätten sich um die Entwicklung wesentlich verdient gemacht. Der Ausbruch des Krieges war für das junge Unternehmen ein schwerer Schlag, und es schien fraglich, ob dasselbe aufrechterhalten werden konnte. Die Rechnungsführer waren vor eine schwere Aufgabe gestellt, und es sei vor allem der **Mitarbeit der Frauen** zu danken, daß der vor dem Zusammenbruch stehende Organisationsapparat bestehen blieb. Bis zur Beendigung des Krieges seien 250 000 Neuversicherungen zu verzeichnen gewesen. Die „Volksfürsorge" habe mit großen Schwierigkeiten kämpfen müssen. Andere Versicherungen hätten ihren Laden einfach zugemacht. Die „Volksfürsorge" suchte sich den Verhältnissen anzupassen. Später habe man dann die Umstellung auf Rentenmark vorgenommen. Inzwischen seien bereits wieder 370 000 Versicherungen abgeschlossen. Die „Volksfürsorge" wird selbstverständlich auch aufwerten. Alle Gelder wurden wertbeständig angelegt und zu genossenschaftlichen Wohnungsbauten sowie als Darlehn an Konsumgenossenschaften verwendet. Heute seien bereits über 6 Millionen Mark für solche Zwecke aufgebracht. Es sei eine moralische Pflicht aller Genossenschafts- und Gewerkschaftsmitglieder, Abschlüsse von Versicherungen nur im eigenen Unternehmen, der „Volksfürsorge", zu machen. Mit der Aufforderung, sich möglichst zahlreich zu erneuter Werbetätigkeit zur Verfügung zu stellen und tatkräftig an der Weiterentwicklung des gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unternehmens mitzuarbeiten, schloß der Vortragende seine interessanten Ausführungen.

Die erforderlichen Schritte für diese Arbeiten werden durch das Vereinssekretariat eingeleitet.

Den Bericht über das erste Geschäftshalbjahr 1924/25 erstattete der Geschäftsführer Genosse **Fischer**. Die allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die sich hieraus ergebenden Folgen haben sich auch bei der Genossenschaft teilweise ausgewirkt. Der Personalbestand mußte etwas verringert werden. **Der Umsatz habe sich erfreulicherweise wieder gesteigert und betrage eine Zunahme von 20 Prozent.** Die geldlichen Verhältnisse des Vereins seien zufriedenstellend. Auch das Vertrauen zur Vereinssparkasse sei wieder vorhanden. 50 000 Mark Neueinzahlungen ständen 19 000 Mark Auszahlungen gegenüber. Die Belastung der Konsumvereine durch die Umsatzsteuer sei eine große Ungerechtigkeit und treffe auch unseren Verein übermäßig hart. Im allgemeinen sei zu sagen, daß der Verein in seiner Entwicklung vorwärts schreite.

Der Bericht wurde durch die Vorstandsmitglieder Genossen **Beige** und **Schöbel** noch ergänzt. Letzterer betonte, daß der Brotkonsum bedeutend höher sein müßte.

Ueber die stattgefundene Werbearbeit berichtet in ausführlicher Weise der Sekretär Genosse **Mendorf**. Der größte Teil der Vertreter habe sich willig in den Dienst der Sache gestellt. Eine wesentliche Steigerung des Umsatzes mache sich in fast allen Verteilungsstellen bemerkbar. Die Agitation wurde unterstützt durch Aushändigung eines Leitfadens an die Werber, zwei Flugblätter, Besichtigungen der Zentrale, Lichtbildervorträge, ständige Inserate und Schlagzeilen, sowie durch Abhaltung eines sieben Abende umfassenden Vortragskursus für Funktionäre. Die Agitation wurde leider durch verschiedene Anlässe (Wahlen usw.) unterbrochen und ist noch nicht zu Ende geführt. Eine genaue Statistik kann erst nach Beendigung der Kampagne aufgestellt werden. Dieselbe wird das Ergebnis in den einzelnen Verteilungsstellen und die Namen der Mitarbeiter erkennen lassen. Neben der Zurückgewinnung der ferngebliebenen Mitglieder seien auch eine Anzahl Neuaufnahmen zu verzeichnen. Das Ergebnis der Hauskassierung sei im Vergleich zu anderen Vereinen nicht zufriedenstellend. Wenn auch zugegeben werden müsse, daß ein erheblicher Teil der Mitglieder infolge Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und den niedrigen Löhnen seinen Verpflichtungen schwer nachkommen könne, so müsse doch immer wieder versucht werden, die Vollbeschäftigten von der Notwendigkeit der Teilzahlung zu überzeugen. Im Monat Februar betrug z. B. der Warenbestand im Durchschnitt pro Mitglied 32,19 Mk., dem nur ein Geschäftsguthaben (inkl. des aufgewerteten) von 6,69 Mk. gegenüberstehe. Es seien also für jedes Mitglied für 25,50 Mk. Waren mehr am Lager, als Geschäftsguthaben vorhanden sei. Nach Ablauf des Geschäftsjahres werde man dazu übergehen müssen, alle diejenigen Mitglieder, die seit zwei Jahren keinen Umsatz aufzuweisen haben, aus der Genossenschaft zu entfernen. Diese Papiersoldaten verursachten nur unproduktive Arbeit, Unkosten und geben bei einer Statistik ein falsches Bild.

Redner entwickelte nochmals eine Methode, wie die Agitation am erfolgreichsten betrieben werden könne und wie sie bereits in einigen Verteilungsstellenbezirken mit gutem Erfolg angewendet wurde. Mit einem Appell an alle Vertreter und im Konsumverein Beschäftigten, sich an der weiteren Arbeit recht zahlreich zu betätigen, damit die Werbearbeit noch größeren Erfolg bringt, versicherte Redner, daß dann die Zeit komme, um geplante Projekte zu verwirklichen.

Die Diskussion, an der sich die Genossenschafter **Liebstädt**, **Holzapfel**, **Claus**, **Kutzschbauch**, **Conrad** und Genossin **Wießner** beteiligten, wurde sachlich geführt. Ein vom Genossen **Holzapfel** gestellter Antrag, wonach in Zukunft zu den mündlichen Geschäftsberichten eine Uebersichtsbilanz jedem Vertreter auszuhändigen sei, wurde angenommen.

Ueber den in diesem Jahre abzuhaltenden internationalen Genossenschaftstag sprach der Aufsichtsratsvorsitzende Genosse **Hirsemann**. Die Vorarbeiten hierzu wurden der Verwaltung übertragen.

Als Delegierte zum Unterverbandstag in Bad Harzburg wurden die Genossen **O. Müller**, **Pfund**, **Becker** und Genossin **Herrmann** bestimmt.

Für den Genossenschaftstag in Stettin wurden die Genossen **Hirsemann**, **Fischer**, **Hammer** und **Kutzschbauch** gewählt.

Es ging nicht anders

Genosse **Drechsler**, früherer verantwortlicher Redakteur des „Klassenkampf", wurde am Donnerstag vom Amtsgericht Halle freigesprochen. Genosse Drechsler war angeklagt, in einem Artikel die Bitterfelder Schupo beleidigt zu haben. Es konnte aber nachgewiesen werden, daß er sich in dieser Zeit in Urlaub befand und daher für den „beleidigenden" Artikel nicht verantwortlich gemacht werden konnte. Wie schwer mag dem Gericht dieser Freispruch gefallen sein?

Münzer-Schauspiel für Eisleben

Genossen und Genossinnen, die bei der Aufführung des **Münzer-Schauspiels** Pfingsten in Eisleben mitwirken wollen, werden ersucht, sich bis **Donnerstag** nach Ostern unbedingt anzumelden (Lerchenfeldstraße 14, Zimmer 5). An diesem Tage, abends 8 Uhr, findet im Saale der Produktiv-Genossenschaft eine Zusammenkunft der Mitglieder der „Proletarischen Tribüne" und aller sonstigen Mitwirkenden statt. Die Dichterin des Münzer-Schauspiels, Genossin **Berta Lask**, Berlin, wird anwesend sein. und in ihre Dichtung einführen; die Spielleiterin Genossin **Berend-Groa**, Kassel, gibt die ersten Anweisungen für die Aufführung. **Die Beteiligten mögen sich deshalb für diesen Tag frei halten.**

Aquarien-Ausstellung

Der Arbeiter-Aquarien-Verein „Roßmäßler", Mitglied der J. G der Arbeiter-Aquarien- und Terrarien-Vereine Deutschlands, veranstaltet zurzeit in der **Johannesschule**, Liebenauer Straße, eine reichhaltige Aquarien- und Terrarien-Ausstellung. Es ist auf diesem Gebiete der einzige Arbeiterverein am Orte, der sich zur Aufgabe gemacht hat, das Vermächtnis des aus den Sturmjahren 1848 bekannten Vorkämpfers Roßmäßler — einem Freund von Bebel und Gründer des 1. Arbeiter-Bildungsvereins — die Naturwissenschaft für die Arbeiter zugänglich zu machen.

In zirka 200 Behältern werden über 90 exotische, sowie sämtliche einheimischen Fischarte nausgestellt. In 30 gut ausgestatteten Terrarien findet der Besucher viele Schlangenarten, von der Zornnatter bis zur giftigen und bissigen Kreuzotter. Besonders wäre noch zu erwähnen die durch ihr herrliches Farbenspiel auffallende, in Deutschland wenig bekannte Smaragd-Eidechse.

Von den exotischen Fischarten wäre besonders hervorzuheben der Cynolebias bellottii, ein eigebärender Zahnkarpfen. Mit dieser Karpfenart beschäftigt sich schon seit Jahren die Wissenschaft, ohne daß es ihr gelungen wäre, die Zucht dieser besonderen Fischart aufrechtzuerhalten. Es ist einem besonders rührigen Mitglied des Arbeiter-Aquarien-Vereins „Roßmäßler" zum erstenmal in Deutschland gelungen, diese Zahnkarpfen zu züchten. Ein Prachtexemplar ist der Pterophyllum scalare, der König der Fische genannt, welcher zu der Cichlide-Art gehört und sich durch ein herrliches Farbenspiel auszeichnet. Der japanische Schleierfisch und die vielen Arten von Labyrinthfischen, wo besonders der Macropode auffällt, tummeln sich in wahren Schmuckkästen von Aquarien herum.

Von den vielen einheimischen Fischarten wollen wir nur einen Sonderling hervorheben: der Bitterling, ein eierlegender Karpfen. Das Weibchen des Bitterlings legt seine Eier in die im Aquarium befindliche Malermuschel, die wiederum durch ihre besonderen Bewegungen die Eier brütet.

Eine sehr gute Präparatensammlung zeigt dem Besucher alle Arten von Seetieren, -pflanzen und Korallen, die Vogelspinne von Persien, die Heuschrecke vom Balkan und die „Rose von Jericho". Sogar ein Ei eines Haifisches ist vorhanden. Das wandelnde Blatt, halb Tier und halb Pflanze, sowie die Stabheuschrecke erwecken großes Interesse.

Wir können der Arbeiterschaft und auch den hiesigen Schulen die sehr gut ausgestattete Ausstellung des Arbeiter-Aquarien-Vereins bestens empfehlen. (Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf. für Erwachsene und 20 Pf. für Kinder.)

* **Achtung, Distriktsführer!** Die Thälmann-Kampffondsmarken müssen bis Mittwoch, den 15. April, im Ortsbureau abgerechnet sein.

Die Ortsleitung der KPD.

* **Volkspark.** An den drei Osterfeiertagen werden in dem hallischen Arbeiterheim die großen Vorwettkämpfe für die Internationale Olympiade Frankfurt ausgetragen. Den von auswärts kommenden Sportlern wünscht die „Volkspark"-Verwaltung ein herzlich Willkommen und hofft, allen Ansprüchen der anwesenden Sportler gerecht zu werden. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß das gemeinsame Essen zwischen 12 und 2 Uhr angerichtet wird, so daß jedem Sportler Gelegenheit gegeben ist, daran teilzunehmen. Für die Oster-Gäste hat die „Volkspark"-Verwaltung am 1. Feiertag früh 10 Uhr ein Frühschoppen-Konzert unter freundlicher Mitwirkung des Arbeiter-Sänger-Chores festgelegt. Auch am 2. Feiertag findet ein Frühschoppen-Konzert statt. Am Abend ist an den beiden Feiertagen in sämtlichen Sälen großer Ball vorgesehen, sowie in den unteren Räumen das Frei-Konzert.

* **Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung** wirbt in einem heute erscheinenden Inserat für seine Organisation.

* **Die Bandonion-Orchester-Vereinigung „Ideal"** veranstaltet morgen vormittag 11 Uhr im Zoo ein Frühschoppenkonzert. (Siehe heutige Anzeige.)

Aus der Jugendbewegung

Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Halle

Wir weisen nochmals darauf hin, daß heute der letzte Termin zum Einzahlen von Fahrgeldern nach Dessau ist, und zwar können diese in der Zeit von nachmittags 4 Uhr bis abends 7 Uhr im Jugendsekretariat abgerechnet werden. Für die Teilnehmer an der Fahrt am Sonntag ist Treffpunkt um 6 Uhr am Hauptbahnhof.

*

Roter Jungsturm

Alle Kameraden, die sich noch nicht an der Fahrt nach Dessau eingezeichnet haben, müssen dies heute in der Zeit von 4 bis 7 Uhr nachmittags im Jugendsekretariat der KJD. vornehmen. Treffpunkt: Sonntag früh 6 Uhr, Hauptbahnhof.

*

AWB. Naturfreunde

Sonntag, den 12. April 1925, vormittags 10 Uhr, im „Reichsadler", Trothaer Straße 15, spricht Genosse Prof. Dr. Korsch-Jena über „Die kulturpolitischen Aufgaben des Proletariats".

Arbeiter, erscheint in Massen!

Am Sonnabend, dem 11. April 1925, abends 8 Uhr, findet die Begrüßungsfeier zum 9. Bundestag des AWB. „Naturfreunde" im „Reichsadler", Trothaer Straße, statt. Eintritt 40 Pf., für Erwerbslose 20 Pf. Wir ersuchen um zahlreiche Beteiligung der hallischen Arbeiterschaft. Zur Aufführung gelangen: Rezitationen, Theaterstück, Musik, Massensprechchor.

Arbeiter-Sport

Fichtesportplatz. Fichte, Halle (Handball). Am 1. Osterfeiertag finden folgende Spiele statt: ½2 Uhr: 2. Jugend gegen Wittenberg 2. Jugend; ½3 Uhr: 2. Mannschaft gegen Schwimmer; ¼4 Uhr: 1. Turnerinnen gegen Schwimmerinnen 1. — Am 2. Feiertag: ½2 Uhr: 1. Jugend gegen Neukölln 1. Jugend; ½3 Uhr: 2. Jugend gegen Ammendorf 1. Jugend; ¼4 Uhr: 2. Mannschaft gegen Wörmlitz 1. Mannschaft. Die Spiele werdei durchweg gute Kämpfe zeigen und dürften die Zuschauer zufrieden stellen. Das Gruppenauswahlspiel am 19. April kann nicht wie festgesetzt ½3 Uhr stattfinden, sondern muß ½2 Uhr ausgetragen werden.

Turn- und Sportverein Fichte, Halle (Fußballabteilung). Allen Sportgenossen der 2. Mannschaft zur Kenntnis, daß wir zweite nFeiertag, morgens 5.25 Uhr, nach Weimar fahren. Der Zug 7.50 Uhr fährt nur bis Weißenfels.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250505-14/fragment/page=0006

Meß-Mend

Roman von Jim Dollar

55

Mr. Orton starb an einem Anfall. Miß Orton ist verschwunden. Die Heirat des alten Rockefeller ist zustande gekommen! Also doch! Wir wollen sehen, wie die Geschichte sich weiter entwickeln wird!

Der junge Rockefeller besuchte uns einige Male im Auftrage seines Vaters. Der Bursche ist nicht unsympathisch, benimmt sich einfach. Ich begreife nicht, daß der alte Rockefeller sein Testament nicht ändert, als wenn er von dem Tode der Mrs. Orton nichts wüßte.

Ich sprach mit dem Patron über Rockefellers Testament. Auch dieser wußte darüber nicht Bescheid. Wir beschlossen, bei nächster Gelegenheit offen mit Rockefeller zu sprechen.

Wieder eine Neuigkeit! Rockefeller ist mit seiner Frau und seiner Stieftochter nach Europa gereist. Es heißt, er sei im Begriff, Polen eine Goldanleihe zu gewähren, und zwar unter Bedingungen, die für ihn außerordentlich vorteilhaft seien. Das sieht dem Alten nicht ähnlich! Die Politik war nie sein Geschmack.

Nichts Neues.

Keine Neuigkeiten.

Jeremia Rockefeller kehrt in einer Woche zurück.

Die Nervosität meines Patrons hat mich heute in Erstaunen gesetzt. Er zuckte, sah sich fortwährend um, erblaßte. Er klagte mir über schlechte Träume und sagte, er beginne, den Tod zu fürchten; so etwas gab es bei ihm früher nicht. Ich riet ihm, eine Woche Urlaub zu nehmen und nach Atlantic-City zu reisen. Er stimmte mir bei, wollte nur Rockefellers Ankunft abwarten.

In unserem Bureau — ein wüstes Durcheinander! Der alte Rockefeller ist zwar angekommen, aber tot, in einem Zinksarg. Es ist kaum zu glauben. Er soll irgendwo bei Pultusk von Bolschewisten ermordet worden sein. Ist es nicht sonderbar, daß sich dieser Mord ausgerechnet in jener Stadt ereignet, wo der ehemalige Gatte der jetzigen Miß Rockefeller lebt! Ich machte dem Patron gegenüber eine Andeutung darüber. Er ist finster wie eine Gewitterwolke. Er sagt, daß er heute bei Rockefeller sein würde. Ich weiß nicht, was ich mit dem Testament anfangen soll. Ich will es ihm zurückgeben, so lange niemand im Bureau etwas davon weiß.

Notar Kraft ist tot! Sein Auto ist unter eine Lokomotive geraten, der Chauffeur lebt, der Patron wurde zerschmettert. Unser Bureau ist für drei Tage geschlossen.

An Krafts Stelle ist ein Italiener — Signor Gregorio ernannt worden, — er hat alle unsere Clarks hinausgeworfen und seine eigenen hineingesetzt. Ich soll meinen Posten behalten, solange die Aktien nicht formell übergeben sind. Ein neues Testament von Rockefeller ist uns zugeschickt worden, ich werde es morgen zu Gesicht bekommen.

Ein erschütternder Tag! Robert Drook, du bist der Zeuge eines Verbrechens! Aber halte deinen Mund! Die Sache ist die folgende: ich habe das Testament gesehen, das aus Warschau mitgebracht worden ist. Es annulliert alle früheren und vermacht Rockefellers Vermögen bis auf den letzten Cent dem Komitee der Faszisten. Mr. Wasson, Miß Orton, der junge Rockefeller — alle haben das Nachsehen! Aber die Sache ist die, daß Rockefellers Unterschrift zweifellos unecht ist. Wenn ich wollte, könnte ich es beweisen. Aber ich fürchte mich zu kämpfen, solange ich nicht weiß, gegen wen! Ich habe das alte Testament in meinem Geheimfach versteckt. Beschloß zu warten, bis sich irgendwelche Erben von Orton oder Rockefeller melden, um gemeinsam mit ihnen die Sache aufzunehmen. Gregorio suchte wütend nach dem Testament, er hat alle Schränke durchsucht, — ich möchte wissen, wozu er es braucht. Ich benehme mich wie der stupideste Bursche von der Welt. Dieser Signor gefällt mir gar nicht. Ich weiß es nicht bestimmt, aber mir scheint, daß er ein gutes Geschäft dabei macht.

Heute kam ein buckliges Mädchen ins Bureau und nannte sich Miß Orton. Sie sah mich an, nahm für einen Augenblick den Schleier ab, ein schöneres Gesicht habe ich in meinem ganzen Leben nicht gesehen! Sie fragte nach Notar Kraft. Ich steckte ihr meine Adresse zu. Signor Gregorio empfing sie und benahm sich dabei sehr verdächtig; gleich darauf rief einer seiner Clarks jemand telephonisch an. Ich fürchte, daß er erraten hat, daß sie die Erbin ist und das neue Testament anfechten könnte. Ich erwarte sie jetzt, sie muß jeden Augenblick hier sein. —

An dieser Stelle endete das Manuskript. Mr. Toosk seufzte tief und saß einige Minuten vollkommen regungslos da. Dann schlug er sein Notizbuch auf und las zwei Adressen: „New-Jersey, 40“ und „Ufer-Chaussee, 147“. Darauf nahm er seine Aktentasche und ging hinaus.

„Mrs. Drook“, sagte er der Alten, „ich komme zu Mittag zurück. Sprechen Sie zu keinem Menschen von meiner Ankunft und lassen Sie niemand in die Wohnung hinein.“

Er stieg hinab, nahm ein Auto und ließ sich nach New-Jersey 40 fahren. Einige Minuten später hielt der Wagen vor einem eleganten Gebäude mit betreßtem Portier, Lift und vergoldetem Gitter. Toosk trat ins Haus, zog Erkundigungen ein und kam gleich wieder zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Delegiertenwahlen zum Verbandstag der Steinarbeiter

Die Wahl der Delegierten zum Verbandstag der Steinarbeiter (Sektion Steinsetzer) findet, für die **Filiale Halle, am 11. April** statt. **Die Abstimmung erfolgt in Betrieben.** Stimmzettel können jederzeit beim **Vorsitzenden, Große Schloßgasse 12,** in Empfang genommen werden.

Kandidaten für den 56. Wahlbezirk sind:

Otto Böttcher, Bernburg; Karl Pretsch, Halle; Karl Zimmermann und Otto Fricke, Langenstein.

Komme jeder seinen Pflichten nach, nicht einer darf sich der Abstimmung enthalten.

Zusammenstellung des Wahlresultates erfolgt am 11. April, abends 6 Uhr, Mittelstraße, Restaurant „Dachrinne“.

Zentral-Verband der Steinarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Halle

J. A.: Pretsch.

Achtung, Steinarbeiter!

In der Zeit vom 11. bis 16. April finden in unserem Bezirk die Wahlen zum Verbandstag statt. Alle oppositionellen Steinarbeiter geben ihre Stimme im

24. Wahlkreis: Friedrich Strauß, Saalfeld

im 56. Wahlkreis: Karl Pretsch, Halle

Alle Genossen müssen ihr Wahlrecht ausüben und nur den beiden zuletzt genannten Kollegen ihre Stimme geben.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Die Gesundheit der Frau

erhalten u. fördern tägl. Ausspülungen mit **Antiseptikum Frebar.** Ueberraschend kräftigende u. erfrisch. Wirkung, stark desinfizierend, **beseitigt schlechte Gerüche.** Aerztl. empfohlen, seit über 20 Jahren erprobt, preisgekrönt. 100-Gramm-Flasche Mk. 1,25, doppelter Inhalt Mk 2,00. Erhältlich in allen Apotheken und bei **E. Kertscher,** Leipziger Straße 26, **C. Klappenbach,** Große Ulrichstraße 41. 152

Sämereien

Zwiebeln, Karotten, Möhren, Salat, Erbsen, Radies, Porree, Petersilie, Sellerie, Tomaten, alle Kohlarten, Küchenkräuter usw.

Sommerblumen, Schlingpflanzen, Futterrüben, Grassamen, Luzerne, Rotklee

Düngemittel aller Art

Gartenwerkzeuge

Spaten, Sämaschinen, Gießkannen, Gartenmesser und -Scheren usw. Raffia-Bast, Baumwachs

Preisliste umsonst

Erfurter Samenhandlung

Wilhelm Greil

Markt 16

(neben der Hirschapotheke). 1128

Fernsprecher Nr. 2865.

Alle Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlungen** Harz 24/44 und Lerchenfeldstr. 14

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen 1133

auch Einzelmöbel aller Art alles gutgearbeitete Möbel in großer Auswahl, verkauft sehr billig

Max Jungblut

Albrechtstraße 37

Wohnungstausch

In Bitterfeld gelegene 3-Zimm.-Wohnung, Küche, Zubeh. geg. ähnl. in Halle zu tauschen gesucht. Off. **R. R.** an Verlag Klassenkampf, Halle, Lerchenfeldstr. 1022

Halle—Bitterfeld

Arb.-Gesangverein Teuchern

Sonntag, den 12. April 1925 (1. Osterfeiertag):

Großer dramat. Theaterabend

Horthys Lager

Drei Bilder aus dem ungarischen Leben und vom ungarischen Tod v. Andor Gabor Kassenöffnung 6½ Uhr – Anfang 8 Uhr

Wir laden die Arbeiterschaft von Teuchern und Umgegend hierzu ein

476 **Der Vorstand**

Lichtspiele Piesteritz

Progr. für Sonnabend, 1. u. 2. Feiertag

„The Kid“

Ein herziger Film in 6 Akten mit **Jackie Coogan und Charlie Chaplin** in den Hauptrollen. Ferner

„Im siebenten Himmel“

Schauspiel in 5 Akten

In den Hauptrollen die schon bekannten u. beliebten Schauspieler **Pat u. Patachon**

Anfang Sonnabend 8 Uhr 480

1. und 2. Feiertag 6 und 8 Uhr

Keine Preiserhöhung

Am 1. und 2. Feiertag nachmittag 3 Uhr

Kindervorstellung!

„The Kid“ mit Charlie Chaplin und Jackie Coogan und 2 Lustspiele

Pro Kind 30 Pfg. Eintritt

UFA-THEATER
Walhalla

Ab heute Sonnabend:

Der große Sittenfilm

6 Akte **6 Akte**

Moderne Ehen!

Interessantes aus der Sittengeschichte des übermodernen Heute.

Sechs bange Tage

Ein Roman aus der Nachkriegszeit

6 Akte **6 Akte**

Auf der Bühne:

Tänzerpaar Mack Briefe

Beginn: Werktags 5 Uhr

I. u. II. Ostertag: 3,30 Uhr

UFA-THEATER
Alte Promenade

Ab heute Sonnabend:

Der Demütige und die Sängerin

8 Akte

frei nach dem Roman in der „Berliner Illustrierten Zeitung“ von Felix Holländer mit

Lil Dagover

und

Hans Mierendorff.

Beginn: Werktags 5 Uhr,

I. u. II. Ostertag: 3,30 Uhr.

Reklamepreis!

Schwarzer Krauser, der beliebte Waterküken, 100 Gr. **nur 40,**

nur bei R. Gimpel, Leipziger Straße 68

Gasthof „Roter Löwe“

Weißenfels

empfiehlt zu den **Festtagen** zu jeder Tageszeit:

Hammelbraten mit Thür. Klößen

Hammelsteak mit Bohnensalat

Irish Stew

ff. kalte Küche

ff. Kaffee

Windbeutel mit Schlagsahne

483 **ff. Gebäck**

Seifen billiger!

Riesenauswahl nur bester Qualitäten

Lieferungen in Halle frei Haus

Bahnsendungen franko

Paul H. Schulz

Seifengroßhandlung

Hackebornstraße 2, Marktnähe — Telephon 2024

Kraft- und Ringsportklub „Eiche“ Wittenberg

Großkampftag

am 1. Osterfeiertag im „Schweizergarten“

Köckern geg. Wittenberg - Zahna geg. Wittenberg

(im griechisch-römischen Ringkampf)

Auftreten der Hebermannschaft

481 **Der Vorstand**

Turnverein „Frisch auf“

Kl.-Wittenberg-Piesteritz

veranstaltet am **2. Osterfeiertag,** von nachmittags 4 Uhr an im **„Schützenhaus“** ein 474

Vereins-Kränzchen

als Abschiedsball

vom alten „Schützenhaus“-Saal, wozu wir Freunde und Gönner des Vereins herzlichst einladen. **Der Vorstand**

Astoria, Weißenfels

Nur drei Tage, Sonnabend bis Montag:

Der gewaltige Sitten- und Warnungs-Film

Mutter, Du Schmerzensreiche

6 Akte Ein Drama aus der Großstadt unserer Zeit. Ein Spiel von Treue und Liebe, Untreue und Mutterliebe. **6 Akte**

Ein packendes und ergreifendes Filmwerk, welches dem Film „Findelkind“ gleichkommt.

Dieser Film ist eine erschütternde Anklage für jeden Mann — für jeden Vater — ein **durchdringender Warnruf für jede Tochter, für jede Mutter.**

In der Hauptrolle: 478

Hanni Weiße Ilka Grüning Margarethe Kupfer

Im zweiten Teil des Programmes.

Die Ehre des Hauses. 5 Akte.

Das große dramatische Auslands-Filmwerk

Ferner: **Unsere Trianon-Auslandswoche.**

Erklärung!

Die in Nr. 77 der „Volkszeitung“ Bockwitz unter der Spitzmarke „Wandlung“ veröffentlichte Notiz, die politische Einstellung des Geschäftsführers Watte in Bockwitz betr., entspricht nicht den Tatsachen. Wir erklären deshalb ausdrücklich, daß wir uns überzeugt haben, daß Herr Watte nach wie vor Mitglied der KPD. ist 1119

Die Schriftleitung der „Volkszeitung“ Bockwitz

Achtung! Achtung!

Nur das Gute bricht sich Bahn! Ueberzeugung macht wahr!

Extra stark gebaute

Handleiterwagen

in allen Größen mit Gußbuchsen, sowie einzelne beschlagene und unbeschlagene **Räder** in allen Größen **kauft man** stets reell beim Spezialfachmann

Ernst Seltmann & Sohn

Halle a. d. S., Merseburger Str. 16 (Nähe Riebeckplatz) 1129

Gegründet 1908 Eig. Schmiedewerkst. Man achte genau auf die Firma. Sämtliche Reparaturen werden gut ausgeführt. Zahlungserleichterung!

Geschäftseröffnung

Einer geehrten Einwohnerschaft von **Teuchern u. Umgegend** zur Kenntnis, daß ich am heutigen Tage eine

Schuhmacherei

mit Maß- u. Reparaturwerkstatt

hier, Dammstr. Nr. 4

eröffnet habe.

Eine gediegene Paßform sowie die Verarbeitung erstklassigen Materials sichere ich jedem der mich Beehrenden zu.

Spezialität für kranke u. anormale Füße.

Um gütigen Zuspruch bittet 472

Hochachtungsvoll

Oswin Stempel, Schuhmachermeister

Teuchern

Lebensmittel

aller Art empfiehlt 47

W. Eberling

Weißenfels

Brauhausgasse 3, Ecke Promenade

— Marktstand —

Wittenberg! Wittenberg!

Freudenbergs Ballhaus

Sonntag, den 1. Osterfeiertag von nachm. 5 Uhr an:

Vereinsball des Allgemeinen Sängerchors

Montag, den 2. Osterfeiertag von nachm. 4 Uhr an:

Ball d. Arbeiter-Radfahrvereins Solidarität

An beiden Feiertagen vorm. 10 Uhr Frühschoppen

Zu diesen Veranstaltungen laden höflichst ein

Die Vereinsvorstände 477 **Der Wirt**

„Felsenkeller“ Burgwerben

Fernsprecher 370

Bringe meine Lokalitäten

für das kommende Osterfest und die kommenden Sommermonate in freundliche Erinnerung. **Angenehmes Ausflugs- und Vergnügungslokal bei Weißenfels a. S. Wintergarten, großer Saal. Schattiger, staubfreier Garten. Sämtliche Speisen und Getränke in bester Qualität zu kulanten Preisen**

Freundlichst ladet ein 484

Herm. Schuster

Ansichtskarten empfiehlt die **Volksbuchhandlung**

Lichtspiel-Theater Wittenberg

Das prächtige Oster-Programm für Sonnabend bis Montag

Mein Liebling

(My Darling)

6 herzige Akte mit dem Wunderkind **Baby Peggy**

Brownie und der Hundefeind

Eine Groteske voll Humor

Zum 1. und 2. Feiertag, nachm. 3 Uhr

Gr. Familien- u. Jugendvorstellung

Preise der Plätze jetzt:

2. Platz 60 Pf., 1. Platz 90 Pf., Balkon 1,20 Mk., Loge 1,50 Mk. Kinder die Hälfte. 475

Achtung! Theißen Achtung!

Sonntag, den 12. April, 1. Osterfeiertag, abds. 7 Uhr, im Gasthof „Blauer Stern“

Gr. Theaterabend

Zur Aufführung gelangen:

Soziales Schauspiel in 4 Akten

Der Führer und Rotkäppchen

Operette in 1 Aufzuge. 473

Ausgeführt v. Arbeit.-Gef.-Verein Theißen

Es ladet die geehrte Einwohnerschaft v. Theißen u. Umg. herzl. ein **Der Vorstand**

2. Feiertag, von abends 5 Uhr: **Gr. Ballmusik**

Werbt f. d. Klassenkampf

Anton Cichoszewski

Halle a. d. S., Thomasiusstr. 12, Hof III

führt alle **Maßarbeiten** und **Reparaturen** in

Schuhwaren

aus und bittet die Genossen um Berücksichtigung bei vorkommenden Fällen.

Empfehle allen Genossen und Genossinnen meinen

Herren- u. Damen-Frisiersalon

Gute und schnelle Bedienung zugesichert.

Rich. Kutschbauch, Gr. Klausstr. 7

1132

Bärwinkels Weizenschrotbrot sowie **Grob-Brot** in meinen sämtlichen Filialen zu haben!

Von Dienstag bis Sonnabend erhalten Sie in meinen sämtlichen Filialen auf ½ **Pfund Mokka-Butter** allerfeinste Molkerei-Butter oder ½ **Pfund „Wie Butter“** allerfeinste Butter Ersatz-Margarine **gratis 1 Paket Pumpernickel!**

Vergleichen Sie bitte meine kernige Sommerware „Wie Butter“ mit feinster Molkerei-Butter! Albert Knäusel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250505-14/fragment/page=0007

Auf dem Nulandtplatze in Merseburg

sind während der Osterwoche wieder

489

Große Volksbelustigungen

aller Art in noch nie dagewesener Ausdehnung. Zu zahlreichem Besuch laden freundlichst ein **Die Unternehmer**

Ostern im „Volkspark"

Haltestelle der Linie 8 und 7

Heute Sonnabend **Gr. Kommers u. Ball**

1. Feiertag vorm. 10 Uhr **Frühschoppen-Konzert** unter gütl. Mitwirkung d. Arbeiter-Sänger-Chores

2. Feiertag vorm. 10 Uhr **Frühschoppen-Konzert**

Besond. preisw. Mittagstisch, gute Biere u. Weine

Neu! ff. Schinkenwurst Neu!

---

300 Personen lassend — **300** Personen lassend!

Der größte Personendampfer „Herta-Frida"

fährt an den 3 Osterfeiertagen von Halle bis Wettin

Abfahrt: Vorm. 8 und nachm. 2 Uhr von oberhalb der Peißnitzbrücke nach Wettin. **Ankunft** in Bad Raunaoczi vorm. 9 15 und nachm. 3.15 Uhr **Ankunft** in Wettin vorm. 10½ und nachm. 4½ Uhr. **Rückfahrt** von Wettin vorm. 11 und nachm. 6 Uhr. Vereine, die den Dampfer „Herta-Frida" nach den Feiertagen zu Fahrten zu mieten wünschen, wollen sich wenden an

Julius Strauch

z. Zt. Hotel „Rotes Roß", Halle a. d. Saale

Arbeiter-Aquarien-Verein „Roßmäßler"

Halle a. d. S.

Von Karfreitag bis 18. April

in der Johannesschule, Liebenauer Str.

Grosse Aquarien- u. Terrarien Ausstellung

Geöffnet von morgens 9 Uhr bis abends 7 Uhr

1087 **Der Vorstand**

DIE SAHNIGE DELIKATESS-MARGARINE

Pera-Blausiegel

die buttergleiche süßrahmgekirnte süß Brot

Pera-Rotsiegel

die milchreine Hausmarke ½ Pfd. 40 Pf.

Pera-Demantsiegel

die beste zum Kochen, Backen und Braten. Stets frisch gekirnt, da innerhalb 60 Minuten in Ihrem Ort aus der Fabrik

Pera-Genußmittelwerke Raguhn in Anhalt

Generalvertreter:

W. Patzschke

Halle (Saale), Mecklestraße 5 P151

Verlangen Sie gratis unsere Kinderzugabe

Autohaus

Dimke & Herrmann

Weißenfels a. S.

Große Burgstraße 1

485 empfehlen als

schönstes Ostergeschenk

ein **Diamant-, Exelsior- oder Torpedo-Marken-Fahrrad**

Meine Gäste verlangen nur Bier

1118

Spendet für die „Rote Hilfe"

Seit über **25** Jahren

FARBEN KRAMER — OKH PERADURA

1121

PERADURA, Fußbodenlackfarben

die **Garantie-Marke**, glänzend bewährt. Eigenes Fabrikat Reichspat. gesch.

Mittelwache 9/10 Fernruf Nr. 1465 **OTTO KRAMER** Mittelwache 9/10 Fernruf Nr. 1465

Licht-Spiele

Am Riebeckplatz — Gr. Ulrichstraße 51

Der große Erfolg!

2. Woche! Vollständig neues Kanonen-Schlager-Repertoir!

Großes Sonder-Gastspiel der **Leipziger Seidel-Sänger!**

Täglich mit größtem Sensations-Erfolg!

Laune, Stimmung, Humor, Heiterkeit Tempo und Komik zwingen auch dem verärgerstellen Hypochonder das herzerlösende Lachen ab und lassen alle Sorgen des Alltages vergessen

Ferner der unübertreffliche Filmteil:

Sklaven der Liebe!

5 Akte! Nach dem berühmten Bühnenwerk „Die Hochzeit von Valeni" von Ludwig Ganghofer und M. Brocner

Ein Filmwerk von überschwenglicher Naturschönheit, heißpulsierender Lebensfonne und glühender Leidenschaft. — Die Hauptrolle verkörpern:

Die rassige ungarische Schönheit: **Elen Kürti**

Die gesunde Männlichkeit: **Charles Willy Kayser**

Der Mensch mit dem übermächtigen Eindruck:

1131 **Albert Steinrück**

Die bezwingende Darstellerin: **Cläre Lotte**

Anfang Werktags 4, Sonntags 2.45

Der große Erfolg!

Asta Nielsen

Nach langer Zeit sehen wir sie wieder, der Schauspielkunst gütlichst Königin und unerreichte Tragödin in Hermann Sudermanns berühmter Komödie:

Die Schmetterlingsschlacht

6 Akte! 6 Akte!

Also wieder einmal nach langer Zeit:

Asta Nielsen! Man muß sie doch mal wiedersehen, um es sich immer wieder zu bestätigen: es gibt zwar allerhand Filmtalente, große, schöne Talente, aber es gibt auf der ganzen Welt nur ein Filmgenie:

Und dieses Genie heißt Asta Nielsen

Willi Haas schreibt . . . aber das haben wir immerhin gefühlt, daß dieses schwebende, schmerzhafte Gesicht der Asta um 1920 schon eine Entwicklung von mehreren Jahrzehnten vorwegnahm

Sie lächelte nicht mehr, sie bedeutete nicht mehr, sie ließ das Leuchten ihres ruhigen Antlitzes auf der Leinwand frei vibrieren

Ferner im bunten Teil:

Gerhard als Hofschuster

3 Akte tollster Heiterkeit

Anfang Werktags 4, Sonntags 3 Uhr

Nach wie vor

kaufen Wiederverkäufer vorteilhaft

Schokoladen, Keks Kakao, Bonbon

sowie alle anderen Süßigkeiten bei der bekannten

Schokoladen-Spezial-Großhandl.

Willy Voigt

Halle, Markt 6

vorm. Bachran & Co.

Ecke Schülershof. Tel. 4736

Ansichtspostkarten empf. Volchkuchhandlung

Unsern Osterausflug

machen wir nach der

Heimkehle

der größten Höhle Deutschlands, gelegen zwischen **Kyffhäuser** und **Stolberg** (Südharz), Station Uftrungen 1127

W. J. C. Union 07 E. V. Weißenfels

zu unserem Dienstag, den 3. Osterfeiertag im **„Felsenkeller" Burgwerben** stattfindenden **Ostervergnügen** erlaubt sich herzlichst einzuladen 471 **Der Vorstand**

Heute, Sonnabend, früh 4 Uhr entschlief nach langem Krankenlager der Arbeiter 1125

Walter Gründler

im 23. Lebensjahre.

Dieses gebe bekannt seinen Kameraden, sowie Genossen und Bekannten

Familie Christian u. Kurt Gründler

Halle a. S., 11. April 1925

Danksagung

Zurückgekehrt vom Sarge meines guten Mannes, welcher mit nach zehnmonatiger glücklicher Ehe wieder entrissen wurde, sage ich allen Verwandten und Bekannten meinen **herzlichsten Dank.**

Besonders herzlichen Dank seinem hochverehrten Chef Herrn H. Fieberg für sein stets bewiesenes Wohlwollen, sowie den Angestellten und werten Arbeitskollegen für ihre ernstgemeine Teilnahme. 1125

Witwe **Helene Lindner** verw. Horn geb. Burghardt, Löbbergerweg 22

Fahrräder

u. Ersatzteile Reparaturen aller Art, auch an Motorrädern

Otto Hänisch

Turmstr. 156 Telefon 2719

Kaufe jed. Posten **Kanarien-Hähne und -Weibchen**

Alte und Junge

W. Pein

Südstr. 5, 1 Tr.

Leib- und Bettwäsche Scheuer- und Wischtücher

Beste Ausführung Billigste Preise

Etagengeschäft

Else Wolffberg

Halle a. S., Steinweg 13 1 Treppe rechts

Plötzlich und unerwartet verstarb am Freitag früh 11 Uhr mein lieber Mann, treusorgender Vater, der Baukontrolleur

Karl Dittmar

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen 486

Ww. Klara Dittmar

Die Beerdigung findet am Dienstag, nachm. 3 Uhr, von der Friedhofskapelle aus statt

---

Nachruf!

Am 10. d. M. starb nach langem und schwerem, mit viel Geduld ertragenem Leiden der

Stadtrat

Karl Dittmar

Der Dahingeschiedene wurde im Jahre 1919 zum unbesoldeten Stadtrat gewählt. Die Pflichten dieses Amtes hat er trotz seiner heimtückischen Krankheit bis zu seinem letzten Atemzuge treu und gewissenhaft wahrgenommen. Sein Wirken war stets auf das Wohl seiner Vaterstadt Eisleben bedacht.

Wir werden dem aufrichtigen und verdienstvollen Manne über das Grab hinaus allezeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Eisleben, den 11. April 1925.

Der Magistrat

490 gez. Claus

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 14. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Friedhofskapelle aus statt.

KPD. Ortsgruppe Eisleben

Allen proletarischen Kämpfern der Mansfelder Lande die traurige Mitteilung, daß der langjährige Vorkämpfer in der Arbeiterbewegung und Mitglied der KPD., Ortsgruppe Eisleben, der Genosse, Maurerpolier und Stadtrat 452

Karl Dittmar

in Folge eines Leidens, welches er sich im Kampfe um die Lebensexistenz zugezogen hat am 10. April gestorben ist. Wir betrauern in ihm einen alten Kämpfer und aufrechten Charakter, welcher auch der Schlammflut der Reaktion der letzten Zeit Stand gehalten hat.

Pflicht aller Genossen ist es sich an der Beerdigung zu beteiligen **Der Vorstand**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250505-14/fragment/page=0008

Der Bauer stund auf im Lande

Im April 1525 begann der Große Deutsche Bauernkrieg.

Vor 400 Jahren

1. Deutschland — ein Land ohne revolutionäre Tradition?

Im April 1525 begann der große deutsche proletarische Revolution dadurch zu entmutigen, daß man sagt: **„Der Deutsche ist kein revolutionärer Mensch.** In Rußland, und vielleicht auch in Frankreich, dort ist das Volk ans Rebellieren sozusagen gewöhnt. In Deutschland dagegen ..."

Von aller sonstigen Schwammigkeit dieser Bemerkung ganz abgesehen — „der Deutsche", „Rußland", „das Volk" — ist aber die obige Behauptung, daß „Deutschland" keine revolutionäre Tradition besäße, unwahr, eine beabsichtigte oder unbeabsichtigte Geschichtsfälschung.

Der deutsche achtundvierziger Aufstand hat gewiß nicht die Großartigkeit und Konsequenz der französischen Revolution von 1789 gehabt. — F. Engels weist darauf hin, daß die gleichzeitige proletarische Erhebung in Paris den Rebellenmut der deutschen Bürger erheblich dämpfte — immerhin sind die Märztage in Berlin und die Kämpfe in Südwestdeutschland Zeichen einer keineswegs „von Natur" pazifistischen und revolutionsscheuen Gesinnung.

In den Jahren 1919 bis 1921 hat die deutsche Arbeiterklasse Wunder an revolutionärer Aktivität und Opfermütigkeit vollbracht.

Das Gleiche gilt für die weiter zurückliegende deutsche Vergangenheit. Genau wie ihre Klassenkollegen in Italien und Frankreich haben die deutschen mittelalterlichen Stadtbürger mit Gewalt ihren feudalen Stadtherren die Freiheit abgetrotzt. Und in den Städten selbst wiederum ist die Brechung der patrizischen Vormachtstellung nur in Gestalt der allerdutigsten revolutionären Kämpfe vor sich gegangen. —

Also durchaus nicht „Harmonie, wohin wir blicken"; sondern ganz im Gegenteil: Klassengegensatz und Klassenkampf und — sobald die sozialen Zustände unhaltbar geworden sind — offener Bürgerkrieg, auch in Deutschland!

Zeitlich gerechnet steht in der Mitte der deutschen Klassenkampfgeschichte der große deutsche Bauernkrieg von 1525, ein Ereignis, das jetzt gerade vier Jahrhunderte hinter uns liegt; jener riesige Bauernaufstand, den Ranke das größte Naturereignis des deutschen Staates überhaupt nannte und den Friedrich Engels in einer unausgeführt gebliebenen Arbeit zum „Angelpunkt der ganzen deutschen Geschichte" zu machen beabsichtigte.

2. Ein Nachzügler

Warum Angelpunkt der Geschichte? Weil die Bauernkriege — in allen Ländern — das Ende des rein feudalen mittelalterlichen Zeitalters und den Anfang der frühkapitalistischen Gesellschaft ankündigen. Die adligen Grundherrn suchen sich durch gesteigerte „Bauernschinderei" (Engels) ökonomisch auf der Höhe der reicher und reicher werdenden Stadtbourgeoisie zu halten. Die Bauern aber, durch diesen wachsenden Druck erbittert und durch die vor ihren Augen vor sich gehenden siegreichen Bürgerrevolutionen mutig gemacht, suchen das feudale Joch abzuwerfen und in irgendeiner Form „freie", d. h. selbständige kleinbürgerliche Warenproduzenten zu werden.

Der deutsche Bauernkrieg war ein Nachzügler. Wie die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands weit hinter derjenigen Italiens, Frankreichs, Spaniens, ja Englands zurückstand, so hinkte auch der deutsche Bauernaufstand folgerichtig hinter den Bauernrevolutionen der genannten Länder drein. (Engels: „Bauernkrieg". S. 29.)

Während in Italien die Bauernbefreiung bereits im 13. Jahrhundert begann, und während die meisten übrigen Länder „ihren" Bauernkrieg im 14. Jahrhundert erlebten, beginnen Bauernrebellionen größeren Stils in Deutschland erst gegen Ende des 15. Jahrhunderts. Das Jahr 1525 bezeichnet dann zugleich den Gipfel und das Ende der deutschen revolutionären Bauernbewegung.

3. Siege und Niederlagen in den Bauernkriegen der verschiedenen Länder

Was ist nun für uns, die wir heute vierhundert Jahre zurückblicken, an jenen Bauernkriegsereignissen lebendig und aktuell? Nicht diese oder jene einzelne Kampfhandlung, so sehr uns der Mut und die Stoßkraft der verschiedenen Kampfhaufen auch begeistern mögen. Uns beschäftigt heute etwas ganz anderes, etwas weitaus Grundsätzlicheres.

Friedrich Engels sagt in seiner klassischen Schrift über den „Deutschen Bauernkrieg", daß die Bauern allein „nicht imstande" waren, „eine Revolution zu machen", solange sie dem geschlossenen Block der Fürsten, Grundherren und Städter gegenüberstanden. „Nur durch eine Allianz (ein Bündnis) mit anderen Ständen konnten sie eine Chance des Sieges bekommen." Die auf Grund ihrer Stellung im landwirtschaftlichen Produktionsprozeß zersplitterte und schwer organisierbare Bauernschaft ist eben, wenn sie erfolgreich gegen ihre Ausbeuter und Bedrücker ankämpfen will, auf den Beistand einer andere starken Gesellschaftsklasse angewiesen.

Wo es dem Bauern am Ende des Mittelalters gelang, seinen Kampf gegen den Grundherrn mit dem Beistande der Stadtbürger oder der fürstlichen Zentralgewalt zu führen, da war seine Anstrengung in den allermeisten Fällen von Erfolg begleitet (so in Italien, Piemont, Spanien und in der Schweiz). Das Bündnis der Bauern mit dem plebejischen „Vorproletariat" (Engels) der Städte dagegen endete — in Flandern, Frankreich und England, auf Mallorka, in Ungarn und in Deutschland — regelmäßig mit einer Niederlage der aufständischen Bauernschaft. Diese kleinbürgerlich halbverlumpten Elemente waren z. T. aus ihrer alten Wirtschaftsstellung, als selbständige Handwerker usw., hinausgedrängt; eine neue Position hatten sie aber, dank der Unreife der industriellen Entwicklung, noch nicht gefunden. So schwankten sie also zwischen reaktionär-kleinbürgerlichen und phantastisch-kommunistischen Ideen hin und her, ohne doch über die materielle Macht zur Verwirklichung des einen oder des anderen der beiden Ziele zu verfügen.

Die Tragödie des deutschen Bauernkrieges ist die Tragödie einer Klasse, die von den alten Herrenklassen nichts mehr zu hoffen hatte, und die daher auf das Bündnis mit einer sozialen Schicht angewiesen war, die ihr in ihrer unentwickelten Gestalt weder Schwert noch Kopf sein konnte. Die Niederlage der deutschen Bauern 1525 war der geschichtliche Ausdruck der Tatsache, daß in dieser Zeit ein nennenswertes organisiertes revolutionäres Proletariat noch nicht existierte.

4. Marx und Lenin über das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern

Dies alles ist nun inzwischen durchaus anders geworden. Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts erwuchs in Deutschland ein modernes industrielles Proletariat großen, größten Stils. Mehr als zwei Drittel der deutschen Bevölkerung sind heute, als Arbeiter und Angestellte, Gegenstand der kapitalistischen Ausbeutung, sind Proletarier. Ihnen zur Seite steht immer noch ein relativ ansehnliches Kleinbauerntum, das **ungefähr 10 Millionen der Bevölkerung Deutschlands ausmacht.**

Dieses Kleinbauerntum befindet sich zwar nicht unmittelbar unter der kapitalistischen Ausbeutungspumpe. Aber mittels der Preispolitik der Trusts, mittels Wucher, Zollpolitik und Steuern werden doch hinreichende Wertmengen unentgeltlich aus den Reservoiren der Bauernklasse in die Schatzkammern der Bourgeoisie hinübergeführt; der imperialistische Krieg läßt ferner das „dumme Bauernvolk" hinreichend blutig zur Ader, daß in den Köpfen des kleinen „selbständigen" Landmannes doch ein dumpfes Mißbehagen, ein instinktiver Haß gegen die bestehende kapitalistisch-imperialistische Gesellschaftsverfassung entsteht.

Hier liegen nun nach Marx, Engels und Lenin die Wurzeln für ein revolutionäres Bündnis zwischen der Lohnarbeiterschaft und dem nicht ausbeutenden, selbst arbeitenden Bauerntum. Engels bezeichnete 1850 in der Einleitung zu seinem „Bauernkrieg" die Bauern als die gegebenen Bundesgenossen des Proletariats (S. 25 ff.). Marx erklärte 1856 ein solches Bündnis geradezu für die Vorbedingung einer siegreichen deutschen Revolution: „Die ganze Sache in Deutschland wird abhängen von der Möglichkeit, der proletarischen Revolution durch eine Art zweite Auflage des Bauernkrieges Deckung zu geben. Dann wird die Sache vorzüglich". (Brief an Engels vom 16. April.) Ganz im Gegensatz zu gewissen sozialdemokratischen „Marxisten" der Gegenwart hielt also Marx in der Einfalt seines Geistes eine derartige Revolution, die mit der russischen von 1917 sehr große Aehnlichkeit gehabt hätte, für ein proletarisches, nicht aber, wie die gigantischen Denker Kautsky, Bauer und Paul Levy, für ein bürgerliches Ereignis!

Lenin und die Bolschewiki haben dann den Marx-Engelschen Gedanken, dem beide bis zu ihrem Tode treu geblieben sind, systematisch ihrer Taktik zugrunde gelegt und damit ihre ungeheuren Erfolge erzielt. Die russische Revolution wäre ohne dieses Bündnis mit dem Bauerntum undenkbar. In den asiatischen Kolonialgebieten zündete die Leninsche Idee wie ein Blitz. Aber auch in den „alten" kapitalistischen Ländern Europas und Amerikas trägt sie zur Verbreiterung und Festigung der Basis der kommenden proletarischen Revolution wesentlich bei.

„1525" ist, um ein Engels-Wort zu gebrauchen, leider „auch heute noch zeitgemäß." Sorgen wir dafür, daß wir unsere Lektion so gut lernen — und daß wir unsere Einsichten den deutschen Kleinbauern gegenüber ebenso gut anwenden — wie das unsere russischen Brüder 1917 getan haben. „Dann wird die Sache vorzüglich!"

K. A. Wittfogel.

Bewaffnete Bauern

„Herr Syndikus, — die Kosten?"

Aus Landarbeiterkreisen wird uns geschrieben:

Es wird immer niedlicher. — Da sage mir noch einer, daß die Vertreter des Deutschen Landarbeiter-Verbandes nicht um das Wohl der Landarbeiter bedacht sind. Daß nun die Lohne nicht so recht stimmen wollen, — ja, — das liegt eben im besonderen am Tiefstand der deutschen Wirtschaft, im allgemeinen aber an der Schlappheit der Landarbeiter bei Lohnkämpfen. Darüber wollen wir aber auch gar nicht viel Aufsehen machen. Die Landarbeiter haben jedenfalls durch die verschiedensten Resolutionen gezeigt, daß sie ihren Vertretern vertrauen, und somit ihre eigene Schuld einsehen. Jeder Landarbeiter hat das Los zu ertragen, welches er verdient, und daran ändert auch die Tatsache nichts, das beim Ernestreik 1923 ein Angebot der Arbeitgeber vom DLV. als übertrieben zurückgewiesen wurde. Vielen Landarbeitern ist es längst zur Binsenwahrheit geworden, daß die Vertreter des DLV. mit den „Herren Arbeitgebern" sehr gut auskommen und auch des öfteren ganz schön beladen von ihnen herauskommen. Auch das ist verständlich! Eine Hand wäscht die andere! Und wenn der eine von den beiden einmal besonders schmierige Pfoten hat, dann wird eben etwas mehr Seife genommen und die Sache ist wieder in Ordnung. Für alle Streitigkeiten aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis in der Landwirtschaft sind nur die tariflichen Schlichtungsausschüsse zuständig! Der ordentliche Rechtsweg ist ausgeschlossen! Hörst Du, Landarbeiter? Für Dich gilt nicht der Artikel 105 der Reichsverfassung. Der § 138 des bürgerlichen Gesetzbuches soll für Dich keine Anwendung finden. So wollen es die Vertreter des DLV. mit den Agrariern. Das entscheidende letzte Wort in dieser Frage werden wir uns weder von den DLV.-Verrätern, noch von den Agrariern nehmen lassen. Abgesehen davon, daß diese tariflichen „Mustergerichte" sehr objektiv urteilen können (wenn ein notleidender Landwirt Bauchschmerzen hat) müssen natürlich auch die Unkosten für diese „Einigungsinstanzen" aufgebracht werden. Und weil der Landarbeiter jetzt wöchentlich 10 Mk., in Buchstaben zehn Mark, verdient, wird es wohl nicht zuviel von ihm verlangt sein, wenn ihm 5 bis 10 Mk. als Kostenvorschuß für einen Termin vor dem Schlichtungsausschuß abverlangt werden. Du darfst Dir nun aber nicht einbilden, lieber Leser, daß Du diesen Kostenvorschuß zurückbekommst, wenn Du einmal zufällig recht bekommst, die behält der Schlichtungsausschuß. Der Schlichtungsausschuß hat keine Befugnis, dem unterliegenden Teil die Kosten aufzuerlegen. Nehmen wir z. B. nun an, Dein Arbeitgeber hat sich bei der Lohnzahlung um 5 Mk. zu seinen Gunsten „verrechnet", und Du wirst mit ihm nicht einig, dann ruft Du den Schlichtungsausschuß zur Entscheidung an, zahlst 10 Mk. Vorschuß, büßt einen Tagesverdienst ein und bekommst dann mit allem „Ach und Krach" die 5 Mk. heraus, um die sich Dein „Herr" verrechnet hatte. Ist das nicht ein schönes Geschäft für Dich?

Geradezu unglaublich klingt es, wenn man hört, daß sich die Vertreter des DLV. für derartige „gesegnete" Zustände mit Eifer und Feuer einsetzen. Am 9. April standen vor dem „landwirtschaftlichen Einigungsinstitut" in Merseburg zwei Fälle zur Verhandlung, bei denen der Vertreter des Verbandes der Land- und Waldarbeiter die Vertretung übernommen hatte. Als er den Sitzungsraum betritt, flötet weich und schmelzend das Stimmchen des Herrn Rickel, seines Zeichens Kreisleiter vom DLV.: „Herr Syndikus — ich beantrage, ich stelle den Antrag — die Kosten? — Der Herr Syndikus hatte begriffen. — Ja, die Kosten. Sie müssen 5 Mk. zahlen. Wie, Sie können net? Dann können wir net verhandeln. Die beiden Sachen wurden nicht verhandelt. Der getreue Schildknappe der Herren Agrarier war ganz verdattert. — Das hatte er doch selbst gar nicht gewollt. Er wollte doch nur dem verhaßten Nebenbuhler vom VVVD. die Brieftasche etwas erleichtern. Künstlerpech. — Tantchen Rickel! Wir werden Euch beweisen, daß wir auch ohne Eure „Kuhhandelskammern" mit den Agrariern fertig werden. Und im selben Moment werden die Landarbeiter die Tennen fegen. Wir raten Dir, Dich darauf vorzubereiten, damit Du es dann auswendig sagen kannst: „Herr Syndikus, die Landarbeiter kommen mit dem eisernen Besen!

Warum muß der Landarbeiter in die KPD. eintreten?

Nicht mit gelahrten Abhandlungen wollen wir Dir beweisen, Landarbeiter und Landarbeiterin, warum es notwendig ist, daß Du Mitglied der Kommunistischen Partei wirst. Der graue Alltag mit seinen vielen Geschehnissen und Erfahrungen ist ein Lehrmeister, der Dir den Weg zur KPD. weist.

Laßt uns aus der Fülle der vorliegenden Tatsachen ein Beispiel herausgreifen. Das Reichsarbeitsministerium hat in der Lohnfrage der Landarbeiterschaft der Provinz Sachsen kürzlich einen Schiedsspruch gefällt, wonach die Spitzenlöhne ab 10. April um 3 Pf. pro Stunde erhöht werden.

Die Lohnerhöhung ist angesichts der bisherigen niedrigen Löhne und der großen Teuerung sehr gering. Doppelt unzulänglich wird die Regelung dadurch gemacht, daß den Gutsbesitzern die Möglichkeit gegeben ist, bis 30. September den fälligen Lohn einzubehalten und dann nachzuzahlen. Doch, wie kam es zu dieser, wenn auch geringen Lohnerhöhung und wie ist eine bessere Regelung der Lohnverhältnisse zu erringen?

Sehen wir eine kurze Zeit zurück. Ende Juli 1924, zu Beginn der Getreideernte, in einem Moment, in dem die Gutsbesitzer die Landarbeiterschaft dringender als je benötigten, kündigten die Agrarkapitalisten des Gaues Halle einen 20prozentigen Lohnabzug zum 25. August an. Das war die Antwort auf die Lohnforderung der Landarbeiter. Eine frechere Herausforderung hat die Landarbeiterschaft der Provinz Sachsen im letzten Jahrzehnt nicht erlebt. Die sozialdemokratische Bureaukratie des DLV. hatte nichts eiligeres zu tun, als zu kuschen, in einer salbungsvollen Erklärung bekanntzugeben, daß sie nicht an einen Kampf denke, vielmehr ihre heiligste Aufgabe darin sehe, „in Gemeinschaft mit den Landwirten die Ernte so schnell und reibungslos als möglich unter Dach und Fach zu bringen".

In völliger Passivität ließ die Landarbeiterschaft die Provokation der Gutsbesitzer und den Verrat der Sozialdemokratie über sich ergehen. Nun setzte ihr verstärktem Maße, im Zusammenhang mit dem Kampf um die gewerkschaftliche Einheit, die Tätigkeit der revolutionären Opposition ein. Dem dadurch entstandenen Druck der Landarbeitermassen glaubten die Sozialdemokraten zusammen mit den Gutsbesitzern durch Scheinzugeständnisse begegnen zu können.

Ende 1924 wurden einige Pfennige Barlohnerhöhung gewährt. Dafür wurden Vergünstigungen in bezug auf Verabfolgung von Zukaufsgetreide aufgehoben. Das traf besonders kinderreiche Landarbeiterfamilien, für die sich dadurch ein Lohnabzug von 50 bis 60 Mk. ergab. Was ein Teil der Landarbeiterschaft mehr Lohn erhielt, wurde dem anderen Teil somit weggenommen, so daß die Gutsbesitzer keine Mehrausgaben für Löhne hatten. Die ganze Regelung war obendrein ein Versuch, zwischen die Landarbeiterschaft einen Keil zu treiben. Die sozialdemokratischen Führer zeigten sich sehr rührig, um diese Regelung der Landarbeiterschaft anzupreisen.

Dank der Tätigkeit der Opposition unter kommunistischer Führung war aber Ende 1924 eine andere Landarbeiterfront im Gau Halle-Merseburg als Ende Juli 1924. In einer Reihe von Konferenzen, — die trotz Drohungen und Zähnefletschen der Sozialdemokraten zustande kamen — hat sich die Opposition zentrale Richtlinien für ihre Arbeit in der Provinz Sachsen gegeben, um danach unter der Landarbeiterschaft zielbewußt, einheitlich zu arbeiten.

Zunächst schloß sich die DLV.-Gauleitung in Halle (entgegen den Anweisungen des DLV.-Hauptvorstandes) der von der Opposition geforderten Verweigerung der Unterschrift unter die Arbeitslosenunterstützungs-Abbauverordnung des Arbeitsministeriums an. Die DLV.-Gauleitung hatte aber falsch spekuliert, wenn sie annahm, die Opposition damit beruhigt zu haben. Indem die Opposition unter der zielklaren Führung der Kommunisten auf dem Gebiet der Arbeitslosenunterstützung zur Offensive für Ausbau der Unterstützung drängte, entfaltete sie gleichzeitig zähe Ausdauer und große Aktivität in der Mobilisierung der Landarbeitermassen zum Kampf um höhere Löhne. Dies fand seinen Niederschlag darin, daß die Landarbeiterschaft die Einreichung neuer Forderungen auf Lohnerhöhung verlangte und daß die sozialdemokratischen Bureaukraten infolgedessen auf den DLV.-Konferenzen „gute Miene zum bösen Spiel" machen mußten.

Neue Lohnforderungen wurden gestellt. Ein Schiedsspruch des Tarifamtes Halle, Mitte März, versprach eine Lohnerhöhung. Die Gutsbesitzer lehnten zunächst den Schiedsspruch ab und ließen es auf eine Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums ankommen. Es war schon vorher ersichtlich, daß die Gutsbesitzer ihre Ablehnung nicht allzu ernst nahmen, weil sie die zunehmende Kraft der Landarbeiterbewegung im Gau Halle zu würdigen wußten. Ebenso das Reichsarbeitsministerium, dem gerade die vom Gau Halle ausgehende Verweigerung der Unterschrift zur Arbeitslosenunterstützungs-Abbauverordnung zu denken gab. Die Folge war der eingangs erwähnte Schiedsspruch auf Erhöhung der Spitzenlöhne ab 10. April um 3 Pf. pro Stunde.

Wir sehen daraus, daß der Schiedsspruch, mit seiner 3-Pf.-Spitzenlohnerhöhung, nur eine Folge der Oppositionsbewegung ist. Zweifellos wäre die Lohnerhöhung größer gewesen, wenn die Opposition noch stärker wäre, als dies zurzeit der Fall ist. Das muß jedem Kollegen und jeder Kollegin in allen Gauen zum Bewußtsein kommen. Daraus gilt es die Lehre zu ziehen, daß sich alle Landarbeiter und Landarbeiterinnen um die Fahne der Opposition scharen müssen, wenn sie ihre Lage verbessern wollen. Geschieht das, dann werden wir nicht nur ausreichende Löhne, sondern auch kürzere Arbeitszeit, menschenwürdige Wohnungen, Einstellung aller Arbeitslosen erzwingen.

Aber noch mehr müssen wir daraus lernen. Ohne die Führung der Kommunisten und ohne ihre taktistische Unterstützung der ganzen Oppositionsbewegung wäre es der Opposition im Gau Halle nicht möglich gewesen, derartig vorzustoßen. Ja, ohne die Kommunisten würde überhaupt die Oppositionsbewegung gar nicht bestehen.

Die Kommunisten können aber der Landarbeiterschaft viel besser dienen, sie können einen viel energischeren Vorstoß organisieren, wenn die breiten Massen der Landarbeiterschaft innerhalb der KPD. organisiert sind. Darum muß jeder Landarbeiter und jede Landarbeiterin Mitglied der Kommunistischen Partei werden. Das erfordert Euer Lebensinteresse.

Tretet darum alle ein in die Kommunistische Partei!

Erde, Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250505-14/fragment/page=0009

Geboren 11. April 1825

Ferdinand Lassalle

Gestorben 31. August 1864

Alle wahrhaft Großen unter den geistigen Vätern und politischen Führern der deutschen Arbeiterbewegung vor dem Weltkriege sind von der heutigen SPD. durch die ungeheuerliche Kluft des Klassenverrats und der Verbürgerlichung dieser SPD. für immer abgetrennt: Marx und Engels, Bebel und Liebknecht und auch ein Ferdinand Lassalle. — Wenngleich Lassalle unter den Begründern der deutschen Sozialdemokratie am wenigsten Marxist gewesen ist, wenngleich Lassalles idealistischer Staatskultus, sein revolutionärer Pazifismus, sein „realpolitischer" Annäherungsversuch an den junkerlich-konservativen Gewaltträger Bismarck usw. Balken für die politische Brücke bereitstellten, über die hinweg die SPD. schließlich die Position einer staatserhaltenden Koalitionspartei bezog, würde es doch ein schreiendes Unrecht gegenüber Lassalle bedeuten, wollte man ihn der heutigen politisch verbürgerlichten SPD. noch als Bannerträger zurechnen. War und ist nicht die ganze Regierungstätigkeit der SPD. ein tägliches Verleugnen der wirklichen politischen Großtat Lassalles: die Loslösung der Arbeiterschaft aus der politischen Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien durch die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins am 21. Mai 1863?! Verleugnet die SPD. nicht täglich den politischen Kernsatz von Lassalle, „Aussprechen, was ist?" Sind nicht im Gegenteil zehntausende klassenbewußter Proletarier von SPD.-Gewaltigen unter Standrecht gestellt, in die Zuchthäuser geschickt, weil sie auszusprechen wagten, was ist! — Nein, nimmermehr kann die heutige Sozialdemokratie noch singen: „Der Bahn, der kühnen, folgen wir, die uns geführt Lassalle."

Wahrer als je erkennen wir heute den Unterschied zwischen der Ideologie eines Lassalle und eines Marx. Wir überschauen den Weg, der aus der Lassalleschen Politik zur heutigen SPD.-Politik geführt hat[1]. Wenn auch ein Mann „solchen Kalibers wie Lassalle" (Sinowjew, Gegen den Strom, S. 210) immerhin noch turmhoch über den Noske, Ebert, Scheidemann steht. Die SPD. ist von Marx auf Lassalle zurückgegangen, von Lassalle aber auf Noske und Barmat hinuntergerutscht.

Eine Betrachtung Lassalles kann für die Gegenwart nur noch den Zweck haben, an einer zweifellos großen und bedeutenden politischen Persönlichkeit zu demonstrieren, wohin ein noch so guter — will sagen revolutionär gemeinter —, aber unscharfer und halber Marxismus führt.

Der Marxismus hat sich von seiner Herausbildung an nicht nur mit dem Kapitalismus und seiner bürgerlichen Gesellschaft herumschlagen müssen, sondern vor allem auch mit rückständigen und kurzsichtigen Auffassungen in den Köpfen des Proletariats und seiner Anhänger selbst. Da war der Kampf gegen politische Abstinenz, wie sie der Proudhonismus lehrte, gegen ökonomischen Reformismus, wie er bei Gewerkschaftlern, Genossenschaftlern und dann bei Bernstein zutage trat, gegen politischen Reformismus und Nationalismus, wie er sich bei Lassalle zeigte. Proudhonismus, Bakuninismus, Lassalleanismus, Bernsteinianismus — alles Sackgassen, die vom Wege der politischen Selbstverständigung des Proletariats abbiegen.

Für die Entwicklung in Deutschland wurden am verhängnisvollsten die „rechten" Abweichungen: der Lassallesche Nationalismus und der Bernsteinsche Reformismus; sie haben die „völkerbefreiende, revolutionäre" SPD. geistig so ausgehöhlt, daß sie schließlich dem Weltkriegspatriotismus nichts mehr entgegenzusetzen wußte und ihren Burgfrieden mit der bürgerlichen Gesellschaft schloß. Wohl hatte schon das Erfurter Programm (1891) der Lassalleschen Phraseologie den Laufpaß gegeben, und die Bernsteinschen „Voraussetzungen des Sozialismus" wurden noch auf allen Kongressen der SPD. bis zum Weltkriege abgelehnt. Trotz alledem hatten aber allmählich doch der Nationalismus und Reformismus gesiegt, weil in einer rasch aufsteigenden Konjunkturperiode des Kapitals opportunistische Reformillusionen immer wieder Nahrung fanden und weil die „besser ernährte" Arbeiteraristokratie den Parteiapparat beherrschte. Der Glaube, von der guten Konjunktur des vaterländischen Kapitalismus Anteil zu erhalten, wirkt dann auch auf eine nationale und imperialistische Einstellung hin.

Ferdinand Lassalle war zeit seines Lebens Anhänger einer idealistisch gefärbten Weltanschauung: er war Alt-Hegelianer und hat sich nie wie Marx zum dialektischen Materialismus bekehrt. Die Geschichte ist ihm die Verkörperung des Weltgeistes. Oekonomische Voraussetzungen repräsentierten sich für Lassalle vor allem in ihrer juristischen und staatsrechtlichen Auswirkung. Dabei wurde aber dann die ökonomische und Klassenbeziehung oft genug vernachlässigt. Am stärksten zeigt sich das bei Lassalles Staatsauffassung, die zugleich auch seinen Eklektizismus recht zum Vorschein kommen läßt. Auf der einen Seite ist die Natur der Staatsverfassung als Machtausdruck der herrschenden Klasse kaum jemals drastischer und populärer gekennzeichnet worden, als von Lassalle in seiner trefflichen Rede „Ueber Verfassungswesen"[2]. Aber auf der anderen Seite berauscht sich der große Rhetoriker doch immer wieder an einem idealistischen Staatskultus, der den Staat als über den Parteien schwebend ansieht. „Der Staat ist die Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen." Der Staat ist „das uralte Vesta-Feuer aller Zivilisation". Daher muß der Staat auch „gegen jeden gewaltsamen Umsturz" — sei er von der Regierung, sei er vom Volke verübt — geschützt werden. Von einer Diktatur des Proletariats will Lassalle nichts wissen. „Klassenversöhnung" ist das Ziel, zu der die besitzenden Klassen selbst beitragen sollen. Das ist geradezu eine Rückentwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Utopie. Auch die Expropriation der Besitzenden lehnt Lassalle ab. Die Arbeiterklasse soll mit den von ihr zu begründenden Produktivassoziationen, zu denen der Staat, womöglich der reaktionär-preußische, mindestens aber der durch das allgemeine Wahlrecht demokratisierte, die Kapitalien liefern soll, die Bourgeois niederkonkurrieren, — in vollem Frieden und in aller Gemütlichkeit. Also der Vater Staat soll dem Arbeiter gegen die bürgerliche Klasse helfen. So kommt Lassalle auch zu der Hoffnung auf ein „soziales Königstum", so zu seinen diplomatischen Verhandlungen mit Bismarck. Hier erwuchsen dem Nationalismus Lassalles die bedenklichsten Früchte. Ein Nationalismus, der zugleich schon einen gefährlichen Stich ins Imperialistische hatte, denn Lassalle gibt den großen Kulturnationen ein Recht auf Eroberung gegenüber den kleinen. Daß Marx die idealistische Phraseologie und die nationalistische Realpolitik Lassalles in Grund und Boden verdammte (siehe z. B. seine „Randglossen zum Gothaer Programm" 1875), ist wohl selbstverständlich.

In seinen ökonomischen Darlegungen zeigt sich Lassalle schon mehr von Marx abhängig, ohne aber z. B. die Wertheorie von Marx völlig erfaßt zu haben. Die Schiefheit der Begründung des berühmten „ehernen Lohngesetzes" von Lassalle ist von Marx später eingehend nachgewiesen worden. Wertvoll sind dagegen bei Lassalle die packenden Vergleiche und rednerischen Bilder, mit denen er die soziale Lage des Proletariats zu beleuchten weiß, sein außerordentliches Geschick der populären Behandlung wissenschaftlicher Probleme, z. B. in seinem „Bastiat-Schulze"; ebenso sollen ihm auch untergessen bleiben die literarische Brandmarkung der Kultur und Politik des liberalen Bürgertums und die anfeuernden Worte, mit denen Lassalle den deutschen Arbeiter für die erste selbständige politische Organisation zu begeistern wußte.

Lassalle war einer der glänzendsten Redner, ein leidenschaftlicher Agitator, ein unerschrockener Kämpfer und ganz der Sache ergeben. Ein Mann von scharf zergliederndem, aber idealistisch gerichteten Verstand. Es fehlte ihm nur der sichere Kompaß des Marxismus, und so verfehlte er den Kurs und strandete schließlich an der Sandbank eines nationalen Sozialismus und eines sozialen Reformismus. In der Geschichte der Kommunismus wird Lassalle zu charakterisieren sein als der geistig bedeutendste Vorläufer und Wegbereiter des — Menschewismus.

Hermann Duncker.

1) K. Renner — der neben K. Hänisch einer der Hauptapostel für Lassalle in der SPD. ist — sieht in einer neuesten Veröffentlichung die Lebenskraft der Sozialdemokratischen Partei geradezu „in dem Erbe Lassalles".

2) Erschienen in der Bücherreihe „Elementarbücher des Kommunismus", Verlag Biva, Berlin SW. 68, Planufer 17.

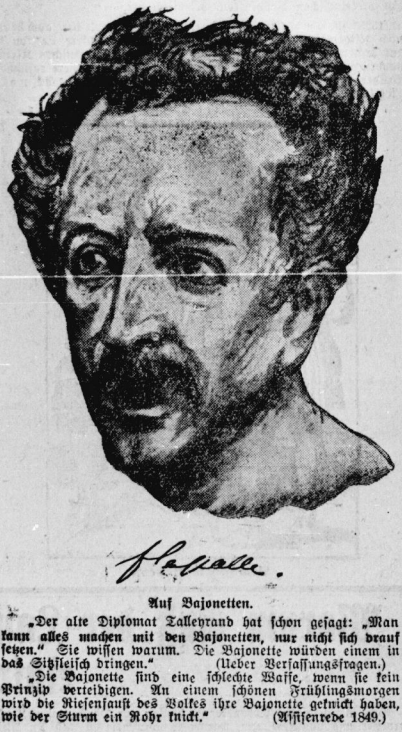
Bleibendes aus Lassalles Reden und Schriften

I. Den bürgerlichen Demokraten ins Stammbuch!

Die Machtfrage.

„Verfassungsfragen sind ursprünglich nicht Rechtsfragen, sondern Machtfragen; die wirkliche Verfassung eines Landes existiert nur in den reellen tatsächlichen Machtverhältnissen, die in einem Lande bestehen; geschriebene Verfassungen sind nur dann von Wert und Dauer, wenn sie der genaue Ausdruck der wirklichen in der Gesellschaft bestehenden Machtverhältnisse sind."

(Ueber Verfassungswesen.)



Auf Bajonetten.

„Der alte Diplomat Talleyrand hat schon gesagt: „Man kann alles machen mit den Bajonetten, nur nicht sich drauf setzen." Sie wissen warum. Die Bajonette würden einem in das Sitzfleisch dringen."

(Ueber Verfassungsfragen.)

„Die Bajonette sind eine schlechte Waffe, wenn sie kein Prinzip verteidigen. An einem schönen Frühlingsmorgen wird die Riesenfaust des Volkes ihre Bajonette geknickt haben, wie der Sturm ein Rohr knickt."

(Assisenrede 1849.)

Der liberalen Fortschrittspartei (und der heutigen SPD.).

„Eine Partei, die ihre wichtigste Position nicht mit ihren Toten zu bedecken weiß, um sie zu verteidigen, — eine solche Partei hat keine Möglichkeit des Sieges für sich! Einer solchen Partei bleibt nichts übrig, als bei jedem Angriff von neuem davonzulaufen! Eine solche Partei und Presse verdient es nicht einmal, daß man sie bedauere bei allen laut schallenden Schlägen, mit welchen die Regierung ihren Rücken bedeckt."

(Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag 1863.)

II. Für eine selbständige Arbeiterpartei!

Die Loslösung vom Bürgertum.

„Seit 1849, vierzehn lange Jahre, hatten wir die liberale Partei gewähren lassen: Jetzt endlich mußte für alle Welt ersichtlich sein, daß auf diese vierzehn Jahre erfolglosen Wartens noch hundertmal vierzehn andere Jahre gleichen erfolglosen Wartens folgen müßten, wenn wir diese Partei weiter gewähren und sich als „das Volk" gebären ließen. Jetzt endlich mußte für jeden Denkenden ersichtlich sein, daß diese Schwächlinge es niemals vermögen würden, der Freiheit eine Gasse zu brechen! .... Jetzt war der Augenblick gekommen, uns auch äußerlich als das zu konstituieren, was wir innerlich seit je waren: als eine selbständige, besondere Partei! Ja, jetzt war dies zur Ehrenpflicht für uns geworden, wir konnten nicht länger den Schein dulden, einer Partei anzugehören, welche bis in diesen Abgrund schmachvoller Schwäche versunken war!"

(Die Feste usw.)

Die Moral des klassenbewußten Proletariats.

„Es ziemen ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die nützigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinn der Unbedeutenden. Sie sind der Fels, auf welchem die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll! .... Je ausschließender Sie sich vertiefen in den sittlichen Ernst dieses Gedankens, je ungeteilter Sie sich der Glut desselben hingeben, um so mehr werden Sie wiederum — dessen seien Sie sicher — die Zeit beschleunigen, innerhalb welcher unsere gegenwärtige Geschichtsperiode ihre Aufgabe zu vollzogen hat, um so schneller werden Sie die Erfüllung dieser Aufgabe herbeiführen."

(Arbeiterprogramm 1862.)

Die Parteisäuberung.

„Daß die Parteikämpfe gerade einer Partei Kraft und Leben geben, daß der größte Beweis der Schwäche einer Partei das Verschwimmen derselben und die Abstumpfung der markierten Differenzen ist, daß sich eine Partei stärkt, indem sie sich purifiziert (säubert), davon weiß und befürchtet die Behördenlogik wenig."

(Aus einem Brief an Marx.)

III. Zur sozialen Lage des Proletariats.

Die oberen Zehntausend.

„Es ist dieselbe lächerlich kleine Handvoll Menschen mit ihren Familien, die in allen Städten alle Theater, alle Konzerte, Gesellschaften, Bälle, Kränzchen, Restaurationen und Weinstuben füllen, vermöge ihrer Allgegenwart den Schein einer wunder wie großen Anzahl erregen, nur an sich denken, nur von sich sprechen, die sich dünken die Welt zu sein und, indem sie allein über alle Zeitungen und alle Fabrikanstalten der öffentlichen Meinung disponieren, wahrhaftig sogar alle anderen dahin bringen, es zu glauben, und sich einreden zu lassen, daß sie, diese 11 000 oder diese 44 000, die Welt sind! Und unter dieser winzigen Handvoll Leute, die sich allein regt, allein bewegt, allein spricht, schreibt, peroriert (mit Nachdruck redet), nur ihre eigenen Interessen kennt und verficht, und sich so sehr einredet, alles zu sein, daß sie sich wahrhaftig noch einredet, sie sei es, welche die Steuern aufbringe — unter dieser Handvoll Menschen windet sich in stummer, unaussprechlicher Qual, in wimmelnder Zahl, das unbemittelte Volk, die 17 Millionen, produziert alles, was uns das Leben verschönt, macht uns die unerläßliche Bedingung aller Gesittung, die Existenz des Staates möglich, schlägt seine Schlachten, zahlt seine Steuern — und hat niemand, der an es dächte und es vertrete!"

(Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen 1863.)

Hungersterben.

„Hungersterben kann in einem doppelten Sinne genommen werden. Ja, so im Augenblick hinfallen, tot sein im Moment vor Hunger — das geschieht sehr selten; aber wenn man fortdauernd eine größere Verausgabung von Kräften vornimmt, als man infolge zu schlechter Lebensmittel und einer zu schlechten Lebensweise überhaupt ersetzen kann, wenn also die Ausgabe von Kräften beständig die Einnahme übersteigt, so stirbt man auch Hungers im Laufe der Zeit. Nur daß dieses Hungersterben dann gerade so lange dauert, daß man vollauf Zeit hat, Kinder in die Welt zu setzen. So vermehrt sich die Bevölkerung und die Arbeiterklasse, und der Prozeß des Hungersterbens ist dennoch ein permanenter."

(Arbeiterlesebuch.)

Das Glücksspiel des Kapitalismus.

„Der Rücken der Arbeiter ist der selbstlose grüne Tisch, auf welchem die Unternehmer und die Spekulanten das Glücksspiel spielen, zu welchem die heutige Produktion geworden ist. Der Rücken der Arbeiter ist der grüne Tisch, auf welchem sie die Goldhaufen einkassieren, welche ihnen der günstige Coup der Roulette zuwirft, und auf welchen schlagend sie sich für den ungünstigen Wurf mit der Hoffnung besserer Chancen für nächstens vertrösten. — Der Arbeiter ist es, welcher mit Lohnverminderung, mit Aufopferung mühseliger Ersparnisse, mit gänzlicher Arbeits- und somit Existenzlosigkeit die notwendigen Mißerfolge in jenem Spiel der Arbeitsherren und Spekulanten bezahlt, deren falsche Spekulationen und Berechnungen er nicht hervorgebracht hat, deren Gier er nicht verschuldet und deren Glückserfolge er nicht teilt."

(Herr Bastiat-Schulze 1864.)

Was Lassalle vom wissenschaftlichen Kommunismus trennt

Gegen die Diktatur der Arbeiterklasse.

„Der Staatsanwalt unterstellt mir die Ungeheuerlichkeit, ich hätte die arbeitenden Klassen aufgefordert, das Ziel einer Klassenherrschaft über die anderen Klassen der Gesellschaft zu verfolgen."

(Die Wissenschaft und die Arbeiter 1863.)

„Das Banner, das ich erhoben, ist das demokratische Banner überhaupt. Es ist eine allgemeine demokratische Volksbewegung und keine bloße Klassenbewegung, zu der ich rufe."

(Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag 1863.)

Gegen die Expropriation der Besitzenden.

„Der Arbeiter darf und wird niemals vergessen, daß alles einmal erworbene gesetzliche Eigentum vollständig unantastbar und rechtmäßig ist."

(Arbeiterprogramm 1862.)

Für Klassenversöhnung und Hilfe von Oben.

„Die Fessel von Ihrem Fuße muß Ihnen abgenommen werden, aber nur im Frieden, durch die Initiative der Intelligenz und mit der sympathischen Hilfe der besitzenden Klasse."

(Zur Arbeiterfrage, Rede an die Leipziger Arbeiter, 1863.)

Der Glaube ans allgemeine Wahlrecht und den demokratischen Staat.

„Das allgemeine und direkte Wahlrecht ist das einzige Mittel, um die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern."

(Offenes Antwortschreiben 1863.)

„Es ist doch klar, daß unter dem allgemeinen und direkten Wahlrecht der Staat doch ein ganz anderer sein würde als der heutige."

(Arbeiterlesebuch 1863.)

„Das allgemeine Wahlrecht verträgt sich schwer mit einem reaktionären, bürokratisch verwalteten Staat."

(Arbeiterlesebuch 1863.)

Für Zusammengehen mit Junker und König.

„Es ist ein altes Gesetz der Geschichte, daß alle äußersten Parteien eine natürliche Affinität (Zuneigung) für einander empfinden."

(Hochverratsprozeß 1864.)

„Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß nichts eine größere Zukunft und eine segensvollere Rolle haben könnte als das Königtum, wenn es sich nur eben entschließen könnte, soziales Königtum zu werden. Mit Leidenschaft würde ich dann sein Banner tragen."

(Brief an Huber 1864.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250505-14/fragment/page=0010